

Helmut Kohl:

Wir haben das bessere Konzept und die bessere Mannschaft

Wir haben mit dem einmütig verabschiedeten Zukunftsmanifest (siehe grüner Teil dieser Ausgabe) einen guten Anfang für viele Diskussionen in allen Organisationsstufen unserer Partei gelegt. Unsere Wähler sollen wissen, um was es in der Zukunft geht. Das ist kein Thema bis zum 25. Januar, sondern weit darüber hinaus bietet es die Chance, die politische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland so zu gestalten, wie wir sie uns vorstellen, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz, in dessen Mittelpunkt die Verabschiedung des Zukunftsmanifestes stand.

Liebe Freunde, wir müssen in einer schwierigen Wahlkampfzeit mitten im Winter auf die Menschen zugehen. Wir müssen dem Wähler sagen: Paß auf, es geht auch um deine ganz persönliche Zukunft. Wir müssen ihm sagen: Wir bitten um deine Stimme, um dein Vertrauen, mit dem Ausweis und der Legitimation der letzten vier Jahre. Wir wollen ihm sagen: Wir bieten ein ehrliches, an der Zukunft ausgerichtetes Konzept an. Und wer in Mainz dabei war, kann es bezeugen: Wir haben nicht nur das bessere Konzept, wir haben auch die bessere Mannschaft. Wir wollen die Koalition der Mitte fortsetzen, damit die nächsten vier Jahre unsere Handschrift tragen.

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Wahl in Bayern

Helmut Kohl: Ein gutes Signal.
Seite 2

Heiner Geißler: Katastrophale
Niederlage der SPD. Seite 3

● 34. Bundesparteitag

Rede von Heiner Geißler.
Seite 4

Berichte aus den Foren: Beiträge
von Gerhard Stoltenberg,
Norbert Blüm und Rita Süß-
muth. Seite 17

● Dokumentation

Zukunftsmanifest der CDU –
Für eine Gesellschaft von mor-
gen: fortschrittlich und mensch-
lich. Grüner Teil

● CDU extra

Die Beschlüsse des 34. Bundes-
parteitages in Mainz.
Blauer Teil

Helmut Kohl: Ein ganz ausgezeichnetes Signal

In der „Bundestagsrunde“ im DFS und ZDF am 12. Oktober erklärte der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, zum Ergebnis der Landtagswahl in Bayern u. a.:

„Das ist ein ganz ausgezeichnetes Signal. Zunächst einmal will ich Franz Josef Strauß und den Freunden der CSU herzlich gratulieren zu diesem ganz großartigen Ergebnis. Rund 56 % — und das nach vielen Jahren — ist eine Bestätigung der Aufbauarbeit der CSU und der Arbeit von Strauß in Bayern.“

Das zweite ganz entscheidende Merkmal dieser Wahl ist die katastrophale Niederla-

ge der SPD. Die SPD, um das mal deutlich zu sagen, hat seit 1946 das schlechteste Wahlergebnis erreicht. Sie hat noch nie bei der Wahl in Bayern so schlecht abgeschnitten wie bei der Wahl heute. Und das ist natürlich ein Omen für die kommende Bundestagswahl. Ich bin schon der Auffassung, daß sich jetzt für die SPD rächt, daß sie in vielen Positionen die Grünen kopiert hat und daß die Wähler in Bayern gesagt haben, warum sollen wir eigentlich die SPD wählen? Warum sollen wir noch eine Zwischenstation einlegen? Die Wähler, die das wollten, gehen gleich zu den Grünen, und das macht auch einen Teil des Erfolges der Grünen aus.“

Die bayerische Landtagswahl im Spiegel der Presse

„CSU behält absolute Mehrheit — SPD abgeschlagen ...“

(Stuttgarter Nachrichten)

„Die Wahl hat einen heimlichen und dabei doppelten Gewinner: Bundeskanzler Kohl.“

(Stuttgarter Nachrichten)

„Wenn sich ein Unionspolitiker so richtig freuen kann, dann ist dies fraglos Helmut Kohl.“

(Wiesbadener Kurier)

„Der eigentliche Sieger heißt Kohl.“

(Nordwest-Zeitung)

„Kohls auf dem Mainzer CDU-Parteitag zur Schau gestellte Zuversicht wurde eher gestärkt.“

(General-Anzeiger)

„Kohl siegte mit. Die guten Aussichten für ihn am 25. Januar 1987 haben sich in Bayern stabilisiert.“

(Bild)

„Die schweren Stimmenverluste sind entmutigend für Rau und entmutigend für seine Partei.“

(Die Welt)

„Zweifelloos ist das Ergebnis für die Union hilfreich, es verstärkt den derzeitigen Trend für die Kohl-Regierung.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

„Bittere Niederlage für SPD in Bayern.“

(Kölnische Rundschau)

„Für den SPD-Kanzlerkandidaten Rau ist das Ergebnis bedrückend.“

(Bild)

„Für die Sozialdemokraten muß die Bayern-Wahl deprimierend sein ... Der SPD-Kanzlerkandidat Rau wird in große Verlegenheit kommen.“

(Rheinische Post)

„Für Johannes Rau kommt das Ergebnis des bayerischen Landtagswahlkampfes einer mittleren Katastrophe gleich. ... Das puritanische, Wir schaffen die absolute Mehrheit allein' hat für potentielle SPD-Wähler seit gestern endgültig jede Glaubwürdigkeit verloren.“

(General-Anzeiger, Bonn)

Heiner Geißler:

Katastrophale Niederlage der SPD

Zum Ausgang der bayerischen Landtagswahl erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler:

1. Mit dem guten Wahlergebnis haben die bayerischen Wählerinnen und Wähler nicht nur die landespolitischen Erfolge des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und seiner Regierung sowie der CSU, sondern auch die Tatsache anerkannt, daß die Christlich-Soziale Union wie keine andere Partei die Interessen und das Selbstgefühl Bayerns repräsentiert.

2. Das Abschneiden der CSU ist ein tragfähiges und gutes Fundament für den Bundestagswahlkampf, den CDU und CSU gemeinsam führen werden.

3. Das Wahlergebnis in Bayern beweist, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Erfolge der Union und des Bundeskanzlers in den letzten vier Jahren anerkennt und der Union und nicht den Sozialdemokraten die Kompetenz für die Gestaltung der Zukunft zuweist.

4. Von größter politischer Bedeutung ist die katastrophale Niederlage der SPD, die gleichzeitig das endgültige Scheitern der Wahlkampfstrategie ihres Kandidaten Johannes Rau bedeutet. Raus Wahlziel, eine absolute Mehrheit für die SPD zu erreichen, hat sich als ein Phantasieprodukt des SPD-Kandidaten herausgestellt. Mit diesem Phantomziel will die SPD von der Tatsache ablenken, daß sie nur mit den Grünen an die Macht kommen könnte. Diese Ablenkungsstrategie ist mit der bayerischen Landtagswahl gescheitert.

Die CDU fordert die SPD und den Kandidaten auf, dem Wähler die Wahrheit zu

sagen und zuzugeben, daß sie, wie in Hessen, nur mit den Grünen regieren könnte.

5. Die bayerische Landtagswahl hat bestätigt, daß die Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung zwischen dem rot-grünen Lager und der Koalition der Mitte unter der Führung der Union sein wird.

6. Die Niederlage der SPD und die Zunahme der Grünen haben ihren Grund vor allem in dem inhaltlichen Linksruck der Sozialdemokraten. Anstatt eigenständige Ziele der SPD zu diskutieren und zu erarbeiten, hat die SPD, so vor allem auf dem Nürnberger Parteitag, in den wesentlichen Fragen der Wirtschafts-, Energie- und Außenpolitik die Positionen der Grünen übernommen. Im Schlepptau der Grünen ist die SPD nicht erfolgreich, weil viele Wähler verständlicherweise lieber das politische Original und nicht dessen Kopie wählen.

Die SPD hat mit der Aufarbeitung der politischen Inhalte einer Oppositionspartei noch nicht einmal begonnen. Sie steht vor einem langen Prozeß der politischen Regeneration in der Opposition. Sie ist in den wesentlichen nationalen Fragen tief zerstritten und muß zunächst einmal die ungeklärten Probleme in der eigenen Partei ausdiskutieren und entscheiden.

7. Das Wahlergebnis von Bayern ist für die Union ein Ansporn, ihre Wähler in den nächsten Monaten verstärkt zu mobilisieren und über die Leistungen sowie über die Zukunftsperspektiven der Union umfassend zu informieren. Denn es ist sicher, daß die CSU bei einer höheren Wahlbeteiligung noch weit besser abgeschnitten hätte.

Heiner Geißler:

Wer nicht über die Zukunft nachdenkt, hat keine

Liebe Parteifreunde! Ich habe eigentlich gedacht, ich könnte sofort mit unserem Zukunftsmanifest beginnen. Ich muß nun leider feststellen, daß die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht nur am letzten Wochenende, sondern auch gestern in den deutschen Tageszeitungen ein Flugblatt verteilt hat: „Liebe Mitbürgerin und lieber Mitbürger!“ Ich finde, wir können das, was in diesem Flugblatt zum Thema Neue Heimat steht, und vor allem, was die damit verbundenen Angriffe auf die Bundesregierung betrifft, nicht ohne eine klare und deutliche Antwort im Raum stehen lassen.

Jetzt will es wieder einmal niemand gewesen sein. Die Bundesregierung wird hier beschuldigt. Dann wird gesagt, wenn man die Neue Heimat nicht verkauft hätte, hätten die Gewerkschaften ihren letzten Pfennig für die Neue Heimat ausgeben müssen.

Wir haben einmal zusammengerechnet. Die IG Metall hat im niedersächsischen Landtagswahlkampf umgerechnet ungefähr drei bis vier Millionen DM für den Wahlkampf im Dienste der SPD gegen die Christlich Demokratische Union ausgeben. Anstatt drei bis vier Millionen DM für die Agitation gegen die CDU auszugeben, hätten die Leute das Geld für die Mieter in der Neuen Heimat investieren sollen.

Im übrigen sind das alles miteinander SPD-Leute. Das wollen wir hier gleich einmal festhalten. Der Herr Mahlberg er-

klärte in der letzten Woche, die Gewerkschaften würden sich aktiv in den Wahlkampf einmischen.

Und Franz Steinkühler sagt, er wolle den Gewerkschaftstag in diesem Monat dazu nutzen, um die Arbeitnehmer gegen die, so wie er es ausdrückt, arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung zu mobilisieren.

Jede Regierung muß sich Angriffe und Kritik gefallen lassen. Da darf man auch nicht so empfindlich sein. Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, daß sie für ihre Aufgaben demonstrieren und natürlich auch argumentativ dafür eintreten. Aber diese Angriffe der führenden Funktionäre des DGB gegen die CDU und die Bundesregierung sind weder fair noch gerecht.

Wir brauchen uns von diesen Leuten keine Belehrung über die Sozialpolitik gefallen zu lassen. Alle großen Sozialgesetze — ich habe es auf Bundesparteitagen schon dreimal gesagt, jetzt sage ich es zum vierten Mal, auch in Anwesenheit von Norbert Blüm, alle großen Sozialgesetze, ohne jede Ausnahme — vom Betriebsverfassungsgesetz über die Mitbestimmung, die dynamische Rente, das Arbeitsförderungsgesetz, die Sozialhilfe, das 312-Mark- und das 624-Mark-Gesetz bis zum Lastenausgleich für 12 Millionen Flüchtlinge; in den letzten vier Jahren sind noch das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie und weitere großartige Leistungen in der Sozial- und Familienpolitik hinzugekommen —, **sind nicht von Sozialdemokraten, sondern von Christlichen Demokraten gemacht worden.**

Aber etwas ist auch wahr: Noch nie in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland klafften bei den führenden Sozialdemokraten im Deutschen Gewerkschaftsbund, vor allem bei der IG Metall, Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander.

Wir wollen — ich bin selber Mitglied des DGB — keine schwachen Gewerkschaften — ich wiederhole das, was der Bundeskanzler gesagt hat —, wir wollen starke Gewerkschaften. Aber wenn jemand die Politik der Bundesregierung in den letzten vier Jahren, nachdem wir die schwerste Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform vorgefunden hatten, arbeitnehmerfeindlich nennt, dann vertritt er nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern läßt sich vor den Karren einer bestimmten politischen Partei spannen.

Und wir müssen immer hinzufügen: Es sind Sozialdemokraten, die dies tun, Sozialdemokraten in den Führungsetagen des DGB, die 10 Milliarden DM an Steuergeldern kassiert haben und die Neue Heimat jetzt für eine Mark verkaufen. Ich weiß genau, was unsere Leute im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen gespürt haben, als man ihnen Sozialdemagogie, Schaffung einer kalten Gesellschaft und was weiß ich alles unterstellt hat.

Ich wiederhole: Diese Leute reden von Demokratie und fragen ihre Mitglieder nicht. Sie reden von Mitbestimmung und fragen ihre Betriebsräte nicht. Sie reden von sozialer Verantwortung und fragen die Mieter nicht. Diese Leute können weder mit dem Geld noch mit den Menschen umgehen. Das war der Vorwurf, den sie uns gemacht haben.

Also, jede Krise hat auch ihre positiven Ergebnisse; jedenfalls hoffen wir das. Was diese Leute anbelangt, ist es zumindest das Prinzip Hoffnung. Wir hoffen,

daß der Skandal um die Neue Heimat wenigstens ein Ergebnis haben wird, daß nämlich die einsichtigen Sozialdemokraten, die einsichtigen Führer innerhalb des DGB endlich aufwachen und den unerträglichen Filz zwischen der Führung des DGB und der Sozialdemokratischen Partei beseitigen und sich wieder auf die Tradition der Einheitsgewerkschaft besinnen.

Wir sind in den Vordiskussionen zu diesem Parteitag oft gefragt worden: Warum jetzt das Thema Zukunft? Ich glaube, es gibt darauf zunächst einmal eine ganz einfache Antwort: Wer über die Zukunft nicht nachdenkt, so hat ein polnischer Schriftsteller gesagt, wird nie eine haben.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Technische, soziale und gesellschaftspolitische Entwicklungen laufen heute schneller ab als jemals zuvor. Die Zukunft rückt näher, gleichzeitig nimmt die Prognostizierbarkeit der Zukunft ab. Die Folge ist ein Schwund der Zukunftsgewißheit. Dadurch wird die Zukunft offen als Raum für die Einbildung, vor allem für die Einbildung von Ängsten. Resignation und Lähmung können die Folge sein. Dadurch kann die Zukunftsfähigkeit einer ganzen Gesellschaft gefährdet werden.

Unsere große Aufgabe heißt: Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland ist, wenn wir einmal von der Kohle absehen, ein Land fast ohne Rohstoffe. Unser Kapital besteht im Fleiß, in der Leistungsbereitschaft, im Erfindungsgeist und in der Innovationskraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Arbeitnehmer ebenso wie der Unternehmer. Wir müssen auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte in der Konkurrenz zu Japan, den Vereinigten Staaten

und neu aufkommenden Industrienationen auf dem Weltmarkt absetzen können. Mit einem Wort: Deutschland muß erstklassig bleiben, wir dürfen nicht zweit- und drittklassig werden. Made in Germany muß auch in der Zukunft ein Gütezeichen der deutschen Wirtschaft bleiben.

Die Biowissenschaften zu nutzen, den Ozean zu erforschen, in den Weltraum vorzudringen, neue Werkstoffe zu erfinden und die dafür benötigten Technologien zu beherrschen und zu schaffen, wird im ausgehenden 20. Jahrhundert wesentlich darüber mitbestimmen, ob wir in der ersten Reihe der großen Industrienationen der Welt bleiben.

Aber diese technische Innovation muß immer mit sozialen Innovationen verbunden bleiben.

Unser Schicksal hängt davon ab — und deswegen ist die Bundestagswahl von einer großen Bedeutung —, welche Kräfte die Zukunft unseres Landes bestimmen. Es ist klar: diese Bundestagswahl entscheidet angesichts des tiefen Umbruchs und des tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Prozesses, der gestaltet werden soll und gestaltet werden muß, darüber, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll.

Deswegen sagen wir zu Recht: es handelt sich um eine Richtungswahl. Ich habe nichts dagegen, wenn gesagt wird, daß das auch eine Schicksalswahl ist, wie wir das gestern gehört haben. Ich würde sagen: es ist eine Richtungswahl von schicksalhafter Bedeutung.

Aber dann müssen auch alle bis zum 25. Januar sich entsprechend verhalten — vom Norden bis zum Süden —, damit die Bürger in ihrer übergroßen Mehrheit die richtige Richtungsentscheidung treffen.

Die Frage ist also: wem soll unsere Zukunft anvertraut werden? Die Erfolge des Bundeskanzlers, der Bundesregierung sind ja unbestritten; wir sagen aber nicht

in erster Linie, daß wir gewählt werden wollen, weil wir erfolgreich waren, sondern wir nehmen diese Erfolge als einen Beweis dafür, daß die CDU die Kompetenz hat, die Zukunft zu gestalten.

Nicht diejenigen, die uns in die Krise geführt haben, sondern diejenigen, die unser Land aus der Krise herausgeführt haben, werden auch diese Herausforderungen bestehen.

Vor vier Jahren — das können wir sagen — war es ziemlich dunkel in Deutschland. Technikfeindlichkeit, Staatsverschuldung, Inflation, Wirtschaftskrise haben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gelähmt. Wir haben heute wieder frischen Wind. Es ist ein neuer Anfang gemacht worden.

Die Erfolge der CDU — Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum, sichere Renten, Stärkung der Familien — haben auch eine Stimmungswende bewirkt. 1982 hatten die meisten Menschen Angst vor der Zukunft. 1986 blicken die meisten Menschen wieder mit Hoffnung in die Zukunft.

Das wollen wir aber auch einmal sagen: die Regierung und die CDU haben es nicht allein gemacht. Es ist die Leistung aller Bürgerinnen und Bürger bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben deswegen gerade auch in der jungen Generation wieder eine neue Zuversicht, eine neue Perspektive. Ich glaube, wir übertreiben gar nicht, wenn wir sagen: wir stehen heute besser da als vor vier Jahren. Die Deutschen sind stärker als vor vier Jahren. Mit einem Wort: die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige politische Führung haben.

Lieber Helmut, das ist im Grunde genommen Dein Beifall. Wenn ich sage: wir haben die richtige politische Führung gehabt, dann ist das in erster Linie die Leistung des Bundeskanzlers.

Ich möchte Dir — auch im Namen der gesamten Christlich Demokratischen Union — für diese hervorragende Arbeit im Dienste unseres Vaterlandes danken. Es sind nicht einfache Zeiten gewesen. Aber wir haben sie unter Deiner Führung im Dienste unseres Landes positiv und gut gemeistert.

Ich möchte neben dem Bundeskanzler noch zwei unserer Freunde nennen, die die Hauptlast dieser Arbeit zusammen mit dem Bundeskanzler getragen haben: **Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm.**

Wir waren alle im Ausland, auch ich war im Ausland. In Italien haben mir vor zweieinhalb Monaten die Regierungsvertreter, die Leute von der Democrazia Christiana, gesagt: Im Ausland redet man vom „Modell Deutschland“. Der Chefredakteur der „Financial Times“, Geoffrey Owen, hat neulich gesagt, man müsse vom Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik einfach tief beeindruckt sein. — Das hört man im Ausland, überall, wo man hinkommt. Die einzigen, die dies offenbar nicht begreifen, sind die Sozialdemokraten und die GRÜNEN. Ich mache einen Vorschlag: Das Beste ist, wir schicken die bis zum 25. Januar ins Ausland, damit sie sich über die Situation hier bei uns informieren können.

Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Es lohnt sich, wenn wir über die Zukunft reden, uns auch mit der SPD auseinanderzusetzen. Noch 1961 wollte die SPD eine Gesellschaft, „die in einer Welt höchster technischer Zivilisation die kulturelle Entfaltung der freien Persönlichkeit sichert“; so das SPD-Regierungsprogramm 1961. Und heute: „Nicht genehmigen“, „stillegen“, „gesellschaftlich steuern“ sind die Stich- und Schlüsselworte sozialdemokratischer Forschungs-, Energie-, Wissenschafts- und Technikpolitik.

Die SPD hat einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm erstellt, den sogenannten Irseer Grundsatzprogramm-Entwurf; das ist also das Zukunftskonzept der Sozialdemokratischen Partei. Darin wird ein Untergangsszenario nach dem anderen entwickelt. Dort heißt es: „Der weltweite Holocaust ist vorbereitet.“ Es ist die Rede von den ständig wiederkehrenden kapitalistischen Krisen“. Diese, so wird dann wieder an anderer Stelle behauptet, verstärkten „Furcht und Resignation“. Es wird festgestellt: „Die Selbstvernichtung der Menschheit ist auch ohne Krieg möglich.“ Man hat fast den Eindruck, wenn man das Programm liest, daß bei den Sozialdemokraten die Lust am Untergang eine erotische Qualität bekommen hat.

Papst Johannes Paul II. hat am 15. November 1980 im Kölner Dom gesagt: Es besteht kein Anlaß, unsere technisch-wissenschaftliche Kultur als gegensätzlich zur Schöpfungswelt Gottes zu sehen.

Aber Wissenschaft und Technik müssen auch im Dienst der Schöpfung bleiben. Wir Christliche Demokraten begreifen deshalb die Schöpfung als einen Gestaltungsauftrag. Wir gehören nicht zu denjenigen, die den technischen Fortschritt vergöttern, auch nicht zu denjenigen, die den technischen Fortschritt dämonisieren. Wir wollen auch hier den Weg der Mitte. Wir wollen die Chancen des technischen Fortschritts nutzen und die Risiken des technischen Fortschritts begrenzen und den technischen Fortschritt ethisch verantworten. Technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum sind für uns keine Werte an sich. Diese Ziele bekommen ihre Werthaftigkeit ausschließlich und allein dadurch, daß sie in den Dienst des Menschen und der Schöpfung gestellt werden.

Der Bundeskanzler hat dafür gestern drei ethische Maßstäbe genannt: die Würde

des Menschen, die Verantwortung für künftige Generationen und die Verantwortung gegenüber der Schöpfung. Und wenn wir Schöpfung sagen, dann müssen wir die ganze Erde meinen. Das heißt: Wir müssen Umwelt als Mit-Welt verstehen.

Der Sprachgebrauch teilt ja die Länder dieser Welt in Länder der ersten und der zweiten und der dritten Welt ein, aber in Wirklichkeit gibt es doch nur eine Welt, auf der wir leben. Wenn die großen tropischen Wälder abgeholzt werden, hat dies Auswirkungen auf unser Klima. Und wenn in den Industrieländern die Kernkraftwerke abgeschaltet werden, zerstören wir auf Grund steigender Energiepreise die wirtschaftlichen Grundlagen der Völker und Länder in den anderen Kontinenten.

Früher hat dies Eppler auch gewußt; er hat gesagt — ich zitiere „Vorwärts“, Juli 1968 —: Der Energiebedarf der meisten Entwicklungsländer wird nur durch Kernenergie befriedigt werden können.

Wir müssen die Frage stellen: Ist für die SPD die Solidarität mit den Entwicklungsländern plötzlich nichts mehr wert, nur weil ein sowjetischer Reaktor durchgebrannt ist?

Wenn wir zusammen mit den Kirchen — das ist die entscheidende Auseinandersetzung mit der SPD — in unserem Zukunftsmanifest sagen:

Wir müssen anders leben, damit andere überleben können, dann ist dies der richtige Weg. Diejenigen, die aussteigen, wollen auch anders leben, aber auf Kosten der anderen. Sie wollen nicht deren Zukunft sichern, sondern nur ihre eigene. Bequemlichkeit, nicht Menschlichkeit ist die Devise derer, die aussteigen.

Die Kernenergiepolitik der SPD — Walter Wallmann und Heinz Riesenhuber haben in der Bundestagsdebatte am letzten Freitag im Parlament unsere Position in

hervorragender Weise dargestellt — gehört zu den schlimmsten Beispielen einer Politik, die sich nicht an Verantwortung, sondern an tagespolitischem Opportunismus orientiert.

Unsere Position ist klar. Wir haben immer gesagt: Wir sind nicht auf ewig und immer mit der Kernenergie verheiratet, aber es gibt auf absehbare Zeit keine anwendbare Technologie. Wir arbeiten parallel intensiv an der Forschung:

Fusionstechnologie, Wasserstofftechnologie, Solartechnologie, Einsparung von Energie. Das sind unsere Konzepte, die wir schon vor Tschernobyl gehabt haben.

Das ist absolut richtig, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begründung der SPD ist doch eine scheinheilige Begründung für den Ausstieg. Wir haben 355 Kernkraftwerke auf der Welt; davon stehen 19 in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir diese 19 Kernkraftwerke abschalten, dann schalten wir die 19 sichersten ab, und 336 um uns herum bleiben in Betrieb. Gleichzeitig sind ungefähr 120 Kernkraftwerke in Europa, die näher liegen als Tschernobyl, entweder in der Planung oder sie stehen kurz vor der Genehmigung. Wie kann man mit diesem Ausstiegskonzept den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich glaubwürdig weismachen wollen, die Sozialdemokraten handelten im Interesse der Sicherheit und der Gesundheit unserer Mitbürger.

Es ist schon merkwürdig und bezeichnend, zu welchen Antworten das neue energiepolitische As der SPD, Johannes Rau, fähig ist. Er hat sich dazu auch geäußert; das ist wahr. Er hat am 27. April gesagt: „Die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt.“ Wenig später sagt er, ein „Verzicht auf Kernenergie“ sei das Ziel der SPD. „Eine sozialdemokratische Bundesregierung wür-

de alles daran setzen“, um darauf zu verzichten. Aber schon eine gute Woche später sagt er, man müsse noch längere Zeit mit der Nutzung der Kernenergie rechnen. In der Illustrierten „Quick“ sagt er — wieder 14 Tage später — weiter: „Vor dem Jahr 2000 dürfte auch bei uns diese Aufgabe ... nicht geleistet sein.“ Was gilt denn nun eigentlich? Dem Durcheinander im Kopf des Kandidaten der SPD entspricht das Chaos in der Politik der Sozialdemokratischen Partei.

Um eine Doktorarbeit an einer Technischen Hochschule anzufertigen, braucht man mehrere Jahre. Die Sozialdemokraten haben in einem Salto-Mortale innerhalb von zweieinhalb Monaten ihr ganzes bisheriges altes Energiekonzept durch ein neues Energiepapier ersetzt. Das, was dabei herausgekommen ist, kann man nur als einen intellektuellen Störfall bezeichnen.

17 der 19 Kernkraftwerke sind unter der Regierungsverantwortung der SPD in Betrieb gegangen. Die Sozialdemokraten waren erst für den Einstieg in die Kernenergie. Dann waren sie für den Ausstieg aus der Kernenergie. Dann waren sie für den Einstieg in den Ausstieg. Dann waren sie für den Umstieg. Dann waren sie für den Einstieg in den Umstieg zum Ausstieg. Mit den Leuten kann es nur zum Abstieg der Bundesrepublik Deutschland kommen. Wir können ihnen die Zukunft unseres Landes nicht anvertrauen.

SPD-Geschäftsführer Glotz hat in seinem neuesten Buch „Kampagne in Deutschland“ selbstkritisch festgestellt: „Das Problem der SPD ist, daß es zu viele Sozialdemokraten gibt, — das stimmt zwar auch, wie wir alle wissen, ist aber nicht gemeint — die sich entweder an die eine oder an die andere Zeittendenz anpassen wollen, statt selbst Zeittendenzen zu prägen.“

Recht hat er: Es ist unglaublich, wie die SPD die Fahne nach dem Wind hängt. Wie

Diskjockeys legen die Sozialdemokraten die jeweils neueste Stimmungsplatte auf. Ich will Ihnen einmal die Hitliste dieses sozialdemokratischen Stimmungsoportunismus nennen:

■ Erst den NATO-Doppelbeschluß erfinden, dann schnell wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

■ Erst 17 von 19 Kernkraftwerken genehmigen und in Betrieb nehmen, dann schnell wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

■ Erst den Radikalerlaß beschließen, dann wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

■ Erst die Kohlekraftwerke diffamieren — siehe Buschhaus —, sie dann wieder propagieren, weil die Stimmung gewechselt hat.

■ Erst das Waldsterben dramatisieren und jetzt das Waldsterben bagatellisieren, weil die Stimmung gewechselt hat.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen unser Land doch nicht diesen Stimmungsdemokraten, Untergangsstrategen, Pessimismusdozenten, apokalyptischen Reitern und öko-romantischen Bilderstürmern ausliefern!

Jetzt will ich Ihnen eine Geschichte erzählen. Ich war im Jahr 1973 — Helmut Kohl war Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz — als Sozialminister der für die Reaktorsicherheit zuständige Minister des Landes Rheinland-Pfalz. Die BASF wollte damals im Betriebsgelände einen Kernreaktor bauen. Daraus ist auf Grund — was weiß ich — anderer Überlegungen nichts geworden. Aber ich kann mich genau erinnern, daß der Bundeskanzler Willy Brandt damals auf einer Riesenbetriebsversammlung in der BASF vor den Arbeitnehmern lebhaft und heftig die „bürokratische Langatmigkeit“ bei der Genehmigung dieses Kernkraftwerkes beklagt hat. Heute ist derselbe Mann, Willy

Brandt, Gast bei „Rock gegen Atom“ auf der Loreley. Sozusagen von den Anilinern zu den Punkern: Die SPD als Loreley-Partei!

Sie kennen ja das Lied: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ...

Es endet: Ich glaube, die Wellen verschlingen am Ende Schiffer und Kahn, Und das hat mit seinem Singen der Erhard Eppler getan.

Untergangspessimisten hat es schon immer gegeben. Aber es ist auch klar: Gegenüber früher besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Die Probleme, die wir heute haben und die ich vorhin genannt habe, die wir auch im Zukunftsmanifest beschrieben haben, haben gegenüber früher eine existentiell andere Qualität. Pest, Hunger und Krieg haben früher die Menschheit in ihrer Existenz nicht bedroht. Heute sind die Ausbeutung der Natur, aber auch die atomare Überrüstung Gründe für eine Sorge um das Überleben der gesamten Welt.

Aber wir müssen uns unterscheiden von denen, über die ich gerade gesprochen habe, und zwar dadurch, daß wir an die geistige und moralische Kraft des Menschen glauben, auch auf diese weltweiten Herausforderungen eine positive Antwort geben zu können, ohne auf technischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und damit auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen verzichten zu müssen.

Einer der großen Gurus der Friedensbewegung, Professor Horst Eberhard Richter, hat einmal ein Bibelwort verdreht und gesagt:

Habe Mut zur Angst. Auch den Mut, Angst zu machen. Ängstige deinen Nachbarn wie dich selbst.

Wir sagen als Christliche Demokraten nach wie vor, auch für die Zukunft: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Und

das bedeutet: soziale Verantwortung gegenüber den Ländern, den Völkern in den anderen Kontinenten durch unsere Technik- und Industriepolitik. Und wie heißt es bei Matthäus im 8. Kapitel — und das ist wirklich die Frage, die wir an manche stellen wollen, die unter der Überschrift des Evangeliums glauben, Angst machen zu müssen —: „Warum habt ihr solche Angst? Ihr habt zu wenig Vertrauen.“

Die Auseinandersetzung um Vergangenheit und Zukunft zwischen CDU und SPD hat eine Tradition seit Bestehen dieser Republik. Die Linke war immer groß im Verdrehen der Begriffe und im Verwechseln von Fortschritt und Rückschritt, von Vorwärts und Rückwärts, von Zukunft und Vergangenheit.

Wir hatten in den 50er Jahren, haben aber auch heute den Versuch der Sozialdemokraten, die Geschichte Nachkriegsdeutschlands als Restauration zu diffamieren. Das erleben wir auch heute wieder. Man sagt, nach 1945 hätte man was ganz anderes machen müssen; die Restauration sei eingeleitet. Aber die historische Wahrheit ist eine ganz andere: Unsere Prinzipien und Richtungsentscheidungen haben Deutschland nach vorn gebracht und aus der Bundesrepublik Deutschland einen modernen Staat gemacht: Europäische Einigung, westliche Allianz, Privateigentum, Partnerschaft, Soziale Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Vermögensbildung, dynamische Rente — das waren damals die Begriffe der neuen Zeit. Neutralismus, Klassenkampf, Staatseigentum, Wirtschaftslenkung — das waren die Begriffe der sozialistischen Reaktion.

Und es ist heute nicht anders. Wir bestimmen heute auch in unserem Zukunftsmanifest die neuen Themen: technischer Fortschritt, wirtschaftliche Dynamik, neue Arbeit, Dezentralisation, aktive Subsidiari-

tät, weniger Staat, neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, farbige Kulturgesellschaft. Das sind heute die Themen und Entwürfe der Zukunft und eine Antwort auf den Pessimismus der falschen Prophezen.

Auch heute sind wieder Klassenkampf, Zentralismus, Technikfeindlichkeit, Staatsgläubigkeit, Kollektivismus, Neutralismus die Parolen der sozialistischen Reaktion. Die Sozialdemokraten singen: „Brüder zur Sonne zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor, hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor.“ Dieses Lied der Arbeiterbewegung singt die heutige SPD ohne jede Berechtigung.

Sie sollte es vom Programm absetzen, denn die neosozialistischen Ideologen haben der Arbeiterbewegung den Zukunfts-optimismus genommen.

Es gibt ein Welthandbuch, in dem die Indikatoren aufgezählt sind, die vorhanden sein müssen, um Länder beschreiben zu können, die sich auf dem Weg von der Industrie- in die Informationsgesellschaft befinden. Von diesen 135 Ländern werden acht bis zehn als solche Länder bezeichnet, die sich auf diesem Wege befinden. Es ist doch kein Zufall, daß in acht dieser zehn Länder Christliche Demokraten oder Konservative die Weichen in die Zukunft stellen: in Belgien, in Frankreich, in Großbritannien, in Japan, in den Niederlanden, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist kein Zufall!

Auch in der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland werden die Maßstäbe und die Richtungen von den Christlichen Demokraten gesetzt werden müssen und nicht vom Bündnis der Sozialdemokraten mit den Grünen.

Wir haben in diesem Zukunftsmanifest die Themen der Zukunft vor allen Dingen

in der Gesellschaftspolitik, in der Sozialpolitik, in der Innenpolitik genannt. Ich kann sie hier nicht alle erläutern, aber ich möchte zwei Beispiele herausgreifen, zwei Themen, um zu zeigen, was wir meinen:

Zunächst einmal nennen wir in diesem Zukunftsmanifest als ein großes Thema, ein großes Ziel die aktive Subsidiarität. Wir wissen, daß die Menschen dazu neigen, nur das für wichtig zu erachten, was sie in D-Mark ausdrücken können. Dementsprechend verhält sich im übrigen auch der Staat. Er steckt z. B. viel Geld in die Erziehung, die vom Staat organisiert wird, also in die schulische Erziehung. Die familiäre Erziehung hat es schon schwerer, obwohl wir auch hier einen neuen Anfang gemacht haben. Er steckt viel Geld in die soziale Sicherung, wenn sie vom Staat oder von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen organisiert wird, aber es ist kaum Geld vorhanden für soziale Arbeit in Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Es ist nicht immer leicht, verständlich zu machen, daß es auch wichtige Themen jenseits dessen gibt, was quantitativ meßbar ist, durch Geld finanziert oder durch Gesetze geregelt wird.

Es wird die große Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein, eine soziale Politik zu realisieren, die die Absicherung der Lebensrisiken z. B. verbindet mit Familien- und Nachbarschaftshilfe, sozialen Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Ich nenne ein Beispiel: Im Jahre 1950 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 120 000 Menschen, die älter als 80 Jahre waren. Heute gibt es 1,2 Millionen Hochbetagte, die älter sind als 80 Jahre. Das Problem dieser Menschen, die zum großen Teil pflegebedürftig sind, kann heute nicht mehr allein durch eine sichere Rente gewährleistet werden. Wir müssen Lösungen dafür finden, daß die Menschen in diesem Lebensalter soziale Zu-

wendungen, soziale Dienstleistungen erhalten und wie man diese organisiert. Hier gibt es gute Vorschläge.

Wahrscheinlich wird es manchen von uns überraschen, wenn wir feststellen, daß 80 % dieser Pflegebedürftigen innerhalb der Familie gepflegt werden. Aber ist dies denn, so müssen wir fragen, auf Dauer gewährleistet, wo die Zahl der älteren Menschen ständig ansteigt, aber die Zahl der Familien abnimmt und auch immer mehr Frauen berufstätig sind, was wir wollen, wozu wir die Chancen eröffnen wollen? Sollten wir deswegen nicht überlegen, ob solche Arbeit in der Familie auch als „neue Arbeit“ verstanden werden muß, deren Ausübung zwar auch in Zukunft ehrenamtlich erfolgt, die aber von sozialen Benachteiligungen wie in der Steuer oder in der fehlenden Alterssicherung befreit wird? Familienarbeit als neue Arbeit.

Eine menschliche Gesellschaft, die wir wollen, ist eben mehr als die Höhe ihres Sozialbudgets, sie lebt auch aus den Diensten, die aus Liebe, aus Mitmenschlichkeit, aus dem Herzen heraus erbracht werden. Aber welch eine Änderung des Bewußtseins seit den 70er Jahren, auch wenn man das nicht immer im Fernsehen feststellen kann! Wir sehen zwar immer wieder diese Bilder, und da halten die Fernsehkameras drauf, wenn irgendwelche Leute, auch junge Leute, demonstrieren. Sie haben ihr Recht dazu. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland kann jeder für seine Ziele demonstrieren. Wir fü- gen allerdings hinzu, in dieser freien Gesellschaft kann er dies mit offenem Antlitz tun, er braucht sich nicht zu verumm- men.

Aber wir sehen immer wieder im Fernsehen, daß junge Leute mit ihren Fahnen, mit ihren Plakaten gegen etwas demonstrieren: Dieses Recht wollen wir schützen. Aber gleichzeitig, während gegen et-

was demonstriert wird, arbeiten Millionen von jungen Menschen in unseren Vereinen, in den Turn- und Sportvereinen, in den kulturellen Vereinen, in den Musikvereinen, engagieren sich bei der Jugendfeuerwehr, beim Jugendrotkreuz, in den religiösen Jugendverbänden, „Jugend forscht“, „Jugend musiziert“, 1 200 junge Leute im Freiwilligen Sozialen Jahr.

Ich empfehle unseren Publizisten, auch den Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Medien, anstatt mit der Kamera immer das abzulichten, wo gegen etwas demonstriert wird, einmal über diese jungen Leute zu berichten, die sich für etwas engagieren und für etwas einsetzen. Dies hat etwas mit der Realität zu tun.

Ich will ein zweites Beispiel nennen, nämlich die flexible und familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens. Auch in der Arbeitswelt, im Arbeitsmarkt und im Arbeitsrecht haben wir eine ähnliche Konfliktlage zwischen Gegenwart und Zukunft.

Wir haben im Arbeitsrecht noch die Herrschaft der kollektiven Regelungen. Wir haben sie durch das Beschäftigungsförderungsgesetz aufgebrochen, ein gutes, ein zukunftsweisendes Gesetz. Nach wie vor jedoch dominieren starre und feste Arbeitszeitregelungen. Aber gehört denn nicht in Wirklichkeit der flexiblen Wochenarbeitszeit, der individuellen Gestaltung am Arbeitsplatz, ja sogar der flexiblen Lebensarbeitszeit die Zukunft des Arbeitslebens? Manche kämpfen immer noch gegen diese moderne Entwicklung. **Hans Janßen**, ein besonders engagierter Vertreter der Parteibuchpolitik, die ich vorhin umrissen habe, Mitglied des Vorstandes der IG Metall, sagte zu diesem Zukunftsproblem folgendes:

Wenn sich viele Arbeitnehmer mit der Flexibilisierung befreunden und das für richtig halten, dann irren diese Arbeit-

nehmer. Aber ich kriege mein Geld ja schließlich dafür, daß ich meinen Mitgliedern unserer Basis sage, was für sie gut und richtig ist.

Und **Detlef Hensche**, ebenbürtig, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, hat auf dem DGB-Kongreß im Mai unter Beifall erklärt — das sind im übrigen alles Sozialdemokraten —: „Es gibt keine Flexibilisierung, die unseren Interessen entspricht.“ Ist es denn nicht auffallend, daß diejenigen, die das Glück von oben verordnen wollen — ein Kennzeichen des Sozialismus —, gleichzeitig die starren Arbeitsformen von gestern verteidigen? Gehört nicht vielmehr die Zukunft denen, die auch im Arbeitsleben auf mehr Selbstbestimmung, auf Arbeitsplatzteilung, Wahlfreiheit und Zeitsouveränität des Arbeitnehmers setzen?

In den gewerkschaftlichen Stellungnahmen dieser Sozialdemokraten äußert sich der innerhalb des DGB noch nicht überwundene Konflikt zwischen den Interessen einer auf eine starre, kollektive Regelung ausgerichteten Organisation und den Interessen der arbeitenden Menschen selber. Auch in diesem Konflikt ist die Christlich Demokratische Union auf der Seite der Interessen der Arbeitnehmer. Und die Gewerkschaften werden, wenn sie sich auf die neue Zeit nicht einstellen, erleben, daß sie wie die Dinosaurier in der gesellschaftspolitischen Landschaft stehenbleiben und die Zeit über sie hinweggeht. Das ist die große Auseinandersetzung, die im DGB geführt werden muß.

Den großen Herausforderungen, die sich hier auftun, sind die Sozialdemokraten, ob in Partei oder Gewerkschaft, nicht gewachsen. Technikfeindlich, dem alten kollektiven Arbeitsrecht verhaftet, staatsgläubig, wirtschaftspolitisch unfähig und energiepolitisch unglaublich sind sie

nicht zukunftsfähig und damit auch nicht mehrheitsfähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas ist doch ganz klar: Die GRÜNEN mit ihren sechs oder sieben Prozent wären doch politisch ohne jede Bedeutung, wenn nicht eine immer größer werdende Mehrheit bei den Sozialdemokraten bereit wäre, den Zielen der GRÜNEN die Politik in der Regierungsverantwortung zu öffnen, wie das in Hessen bereits der Fall ist und wie sie das in Niedersachsen vorbereitet haben.

Und dies ist doch die entscheidende Frage: Soll am 25. Januar die SPD zusammen mit den GRÜNEN die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland bestimmen? Deswegen ist doch der Kandidat gar nicht von entscheidender Bedeutung. Lassen Sie einmal das Politbarometer dort, wohin es gehört! Eine Bundestagswahl ist keine Schönheitskonkurrenz oder Sympathieveranstaltung. Eine Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung. Deswegen ist es nicht entscheidend, ob der Kandidat der SPD sympathisch oder weniger sympathisch ist, ob er es weniger gut oder gut mit den Menschen meint, ob seine Bibelzitate immer stimmen. Entscheidend ist z. B. schon, daß er auf Katholikentagen für die SPD zum ungeborenen Kind so redet und auf SPD-Versammlungen anders. Das ist schon entscheidender.

Entscheidender ist auch, daß er sich als Kandidat familienfreundlich gibt, aber als Ministerpräsident sogar eine Landesstiftung „Mutter und Kind“ oder ein Landesfamiliengeld ablehnt. Das ist schon entscheidender, um deutlich zu machen, was das für ein Mann ist.

Nur, wirklich ausschlaggebend für die Zukunft unseres Landes ist, ob bei dieser Bundestagswahl das rot-grüne Lager eine Mehrheit bekommt oder nicht. Dabei ist es unerheblich, ob Rau dabei Steigbügelhalter, Nutznießer oder nur Stimmenfänger

ist. Im übrigen — ich wiederhole diesen Satz; man kann ihn nicht oft genug wiederholen — : Warum sollten wir eigentlich dem Johannes Rau mehr glauben als Holger Börner?

Ich habe mir das Regierungsprogramm durchgelesen, das vor 14 Tagen verkündet worden ist. Es enthält viele schlimme Sachen, Unwahrheiten. Eine ganz schlimme Unwahrheit, versteckt ausgedrückt — das kann er — besteht darin, daß er gesagt hat, er wolle das BAföG für die Schülerinnen wiedereinführen, damit Mädchen, damit junge Frauen wieder bessere Chancen bekommen. Er sollte doch bitte der Wahrheit die Ehre geben! Wir haben das BAföG nicht abgeschafft; wir haben es sogar verbessert. Aber wir waren vor vier Jahren der Meinung, als wir von den Sozialdemokraten 200 000 arbeitslose junge Arbeiter erbten, daß man es einem Gymnasiasten, dessen Schule sich am Wohnort der Eltern befindet, bis zum Abitur zumuten kann, in Gottes Namen bis zum Abitur bei seinen Eltern zu Hause wohnen zu bleiben und sich nicht auf Kosten der Steuerzahler eine Bude in der Stadt zu suchen.

Wir müssen diese Diskussion einmal offensiv aufnehmen. Am Studenten-BAföG ist überhaupt nichts geändert worden. Wir haben nur die Zuschüsse auf Darlehen umgestellt. Jetzt will ich einmal fragen — ich frage alle Arbeiter, alle Angestellten — : Ist es denn unzumutbar, daß einer, der Studienförderung aus Mitteln der Steuerzahler bekommen hat, wenn er später Akademiker ist, nach dem fünften Berufsjahr — das ist nämlich die Regelung — in langen 20 Jahren in Monatsraten von 120 DM dieses Darlehen — bei einem Einkommen von 3 000 bis 4 000 DM — wieder an diejenigen zurückzahlt, nämlich an das deutsche Volk, die ihm diese Studienförderung mit ihren Steuergroschen finanziert haben?

Ist das wirklich unzumutbar?

Dann sollten wir mit dieser Diskussion in die Betriebe gehen. Ich bin fest davon überzeugt: Die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ist mit uns der Meinung, daß man diese sozialistische Gießkannenpolitik beenden muß.

Ich habe im übrigen, was die meisten von Ihnen vermuten, nichts gegen Harmonie. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Aussagen des Kanzlerkandidaten einmal vor Augen halte, dann muß ich doch folgendes feststellen: Wer Kanzler werden will, der muß doch dem Volk sagen, was er will und was er nicht will, und er muß doch in der Lage sein, sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen und zu sagen, was ihn denn von diesem unterscheidet, was er für falsch und was er für richtig hält.

Was ist er denn nun eigentlich mit seiner Harmonie? Ist er Herausforderer oder ist er Schmusedecke, ist er Kanzlerkandidat oder ist er das Knuffeltier der Nation?

Das ist die Frage.

Die Politik ist kein politisches Biedermeier, und die Demokratie unterscheidet sich von der Diktatur dadurch, daß die Konflikte nicht verschleiert und nicht unter den Teppich gekehrt, sondern offen ausgetragen werden. Demokratie ist keine Harmonieveranstaltung, ist kein Gesangsverein Eintracht. Es geht um die Auseinandersetzung, um den richtigen politischen Weg, es geht um den besseren Weg. Willy Brandt — jetzt will ich einmal etwas Positives sagen —, Helmut Schmidt, selbst Hans-Jochen Vogel haben als Kanzler und Kanzlerkandidaten gesagt, was sie wollten und was sie nicht wollten. Die inhaltlichen Alternativen waren klar. Bei dem jetzigen Kandidaten ist gar nichts klar: weder sein Programm, noch seine Koalitionspartner, noch seine Ziele.

Wir möchten gern einmal wissen, mit welchen Leistungen in Nordrhein-Westfalen er sich eigentlich ausgewiesen hat, um Bundeskanzler zu werden.

Das weiß kein Mensch. Dieser Mann als Kanzler: Dann kann man den Ernst Breit auch gleich zum Wohnungsbauminister machen.

Wir haben in unserem Zukunftsmanifest auch unsere langfristigen außenpolitischen Ziele formuliert. Abrüstung und Sicherung des Friedens sind unsere wichtigsten außenpolitischen Aufgaben. Am letzten Sonntag hat der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, der Pole Wladyslaw **Bartoszewski**, gesagt, daß es keinen Frieden geben könne ohne die Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten. Er als Pole, verfolgt von zwei totalitären Systemen, dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen, konnte dies mit hoher persönlicher Glaubwürdigkeit sagen. Das, was dieser Mann gesagt hat, ist auch unsere Überzeugung.

37 Jahre nach der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bieten die weltweiten Verletzungen der Grund- und Menschenrechte ein bedrückendes Bild. Mehr als 3,1 Milliarden Menschen, zwei Drittel der Weltbevölkerung, leben in politischen Systemen, die ihnen Menschenrechte, Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit vorenthalten. Zahllose Menschen werden in über 100 Staaten — 150 Staaten gibt es in der UNO — in kommunistischen Diktaturen, in islamischen Feudalstaaten, in afrikanischen, lateinamerikanischen Militärdiktaturen ihrer Freiheit und ihrer Menschenwürde beraubt, verfolgt wegen ihrer religiösen Überzeugung, wegen ihrer Rasse, wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Sie werden verfolgt, mißhandelt und getötet. Dies ist eine nicht geringere Herausforderung an

die Menschheit als die atomare Rüstung. Wir Christliche Demokraten stehen an der Seite dieser Leute.

Marx hat einmal gesagt: Der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch; der eigentliche Mensch muß das richtige gesellschaftliche Bewußtsein, den richtigen Klassenstandpunkt haben. Die Nazis haben gesagt: Ihr müßt der richtigen Rasse angehören. Wir Christliche Demokraten sagen: Der Mensch, wie er geht und steht, so, wie er ist, ist der eigentliche Mensch, ob alt oder jung, ob krank oder gesund oder — um etwas Aktuelles zu sagen — ob schwarz oder weiß. Die Menschenwürde ist für uns auch in der praktischen Politik unantastbar.

Regierungen, auch unsere Regierung, müssen mit allen Regierungen und Staaten gute Kontakte und diplomatische Beziehungen haben. Das ist ganz selbstverständlich; das muß so sein, und das ist auch richtig. Aber wir als Partei, als Christliche Demokraten, dürfen in Sachen Menschenwürde und Menschenrechte keine falschen und faulen Kompromisse machen. Dies darf nicht sein.

Wir tragen als Deutsche eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte, und wir wissen, wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen kann. Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Die Weimarer Republik ist nicht daran gescheitert, daß es zu viele Nazis, daß es damals zu viele Kommunisten, sondern daß es zu wenig engagierte Demokraten gab.“ „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“, hat **Kurt Schumacher** gesagt. Wir fügen den zweiten Teil des Satzes hinzu, der von den Sozialdemokraten leider ständig unterschlagen wird, nämlich: Keine Diktatur mehr auf deutschem Boden! Das ist der zweite Teil des

Satzes von Kurt Schumacher, der die gleiche Wertigkeit hat.

Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns, für die Menschenrechte weltweit einzutreten. Wir sind davon überzeugt — und das ist unsere Hoffnung, deswegen haben wir Zuversicht, die wir auf unser Menschenbild gründen —, daß die Zukunft den freiheitlichen Demokratien und nicht den Diktaturen gehört. Wir glauben daran, daß es einen Sinn hat, in der Zukunft daran zu arbeiten, daß aus den 30 Demokratien auf der Welt eines Tages 50, 80, 100 und mehr rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratien werden. Wir glauben an die ansteckende Kraft der Freiheit und der Demokratie.

Aus dieser Überzeugung heraus hat der Bundeskanzler, hat die Bundesregierung ihre Außenpolitik in den vergangenen vier Jahren erfolgreich gestaltet. Der Bundeskanzler — und das ist sein persönliches Verdienst — hat Europa vorangebracht, er hat die innerdeutschen Beziehungen ver-

bessert, das westliche Bündnis gestärkt, die Bundesrepublik Deutschland aus dem Zwielicht herausgeführt, in das uns die Sozialdemokraten im Bündnis hineingebracht hatten. Er hat als Kanzler seinen Beitrag dazu geleistet, daß die Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang gekommen sind, daß Ergebnisse in greifbarer Nähe sind und daß Spannungen abgebaut wurden.

Liebe Parteifreunde! Wir haben in der Innenpolitik, in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik, in der Außenpolitik viel geleistet. Wir haben überhaupt keinen Grund, uns zu verstecken. Der Bundeskanzler, die Bundesregierung, die Christlich Demokratische Union als die führende Regierungspartei haben für unser Land erfolgreiche und gute Arbeit geleistet. Gehen wir hinaus, reden wir mit unseren Familien, mit unseren Freunden, mit unseren Nachbarn in den Betrieben, und sagen wir ihnen unsere Botschaft! Unsere Sache ist die Sache der Zukunft.

Deswegen sagen wir zu Recht: Weiter so, Deutschland, weiter so, Helmut Kohl, weiter so, Christlich Demokratische Union!

Beratung des Zukunftsmanifestes

Gerhard Stoltenberg:

Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts

Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste! Es ging in dem Forum „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“ nach einleitenden Ausführungen unseres Freundes Walter Wallmann und einem engagierten Referat unseres Freundes Heinz Riesenhuber zunächst um eine Bestandsaufnahme zu einer Reihe wichtiger Gesichtspunkte der Wissenschafts- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Es ging um den Leistungsstand unserer Forschung, die Aufwendungen, die Schwerpunkte des Engagements von Staat und Wirtschaft. Noch bedeutsamer waren die Fragen nach der Legitimation, der Begründung moderner Forschung vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und damit natürlich auch die Frage von Chancen und Risiken sowie ihrer Abwägung.

Wenn wir von der Spitze des Fortschritts sprechen, so gehören dazu die Resultate der Fachdisziplinen, der Wettbewerb der Volkswirtschaften und Nationen. Dies ist, wie wir alle wissen, von entscheidender Bedeutung für die Wirklichkeit von heute und morgen. Wer als Volk, als Volkswirtschaft nicht zu Spitzenleistungen befähigt ist, wer nicht die Aufgabe der Innovation, also der Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Anwendung nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Bereich des staatlichen Handelns und der Gesellschaft meistert, der wird zurückfal-

len, was schwerwiegende Folgerungen für die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen von morgen hat. Spitze des Fortschritts muß aber auch heißen, die Grenzen der Umsetzung und Nutzung unter moralischen und sozialen Gesichtspunkten ständig zu bedenken und richtig zu bestimmen. Das ist vielleicht sogar die schwierigere Aufgabe. Sie gewinnt weiter an Bedeutung, wenn die mißbräuchliche oder die fahrlässige, in den Folgen nicht richtig kalkulierte Anwendung von Forschungsergebnissen vermieden werden soll. Die Würde des Menschen, seine Unversehrtheit und seine natürlichen Lebensgrundlagen müssen gewahrt bleiben.

Das erfordert übrigens mehr als einen anspruchsvollen fachwissenschaftlichen Standard. Es verlangt integratives, wertorientiertes Denken und Handeln. Nur durch eine hohe Bildung, durch ethischen Grundkonsens und durch geschärftes Problembewußtsein werden wir dieser Herausforderung gewachsen sein. Auch deshalb gewinnen übrigens die Geisteswissenschaften einen neuen Rang. Bei aller zentralen Bedeutung der Naturwissenschaften und Technik dürfen wir nicht zu einer Vernachlässigung der Geisteswissenschaften kommen, und zwar weder in unserem Selbstverständnis noch in der staatlichen Wissenschaftspolitik.

Bei aller unvermeidlichen fachlichen Spezialisierung und den Verständigungsschwierigkeiten, die diese gelegentlich auch in der Gemeinschaft der Wissenschaftler schafft, müssen wir vor allem den Brückenschlag zwischen Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften fördern, also interdisziplinäres Denken und übergreifende Fragestellungen anregen und ihre Antworten ernst nehmen.

Natürlich vollzieht sich Wissenschaft niemals ohne Bezug zur Gesellschaft. Wissenschaft muß aber zunächst auch eine Distanz zu den Zwecken des Tages halten. Sie muß sich aus einer anspruchsvollen methodischen Exaktheit ihrer Erkenntnisse und Begründungen rechtfertigen.

Sonst besteht die Gefahr, daß sie in anderer Weise mißbraucht wird — als Deckmantel für einseitige Interessen, für fragwürdige ideologische Heilslehren oder für rein parteipolitische Kampfpapieren. Das heißt für unsere öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen zu vielen Fragen, von der Energiedebatte bis zur Gentechnologiedebatte: Wissenschaftliche Vielfalt ist kein Freibrief für Amateure und Dilettanten, die ihre akademischen Titel auch dort einsetzen, wo Leidenschaften an die Stelle von methodisch sauber begründeten Folgerungen aus Forschungsergebnissen treten.

Die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung können für uns nur in einer Staats- und Wirtschaftsverfassung zur vollen fruchtbaren Entfaltung kommen, die durch Freiheit und Verantwortung, die Vielfalt der Überzeugungen, durch Wettbewerb, aber vor allem auch durch das Streben nach Wahrheit und nach Gerechtigkeit geprägt ist. **Freiheitliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind nach unserer Einsicht tragende Grundsätze unseres Gemeinwesens.**

Die Ursprünge Sozialer Marktwirtschaft — das ist auch nicht mehr allen in unserer Partei voll bewußt — beruhen auf einer bedeutenden wissenschaftlichen Leistung erneuerter liberaler Nationalökonomie und christlicher Soziallehre. Dabei verstehen wir Soziale Marktwirtschaft nicht als einen abgeschlossenen Katalog dogmatischer Lehrsätze, sondern als ein offenes System, das neue Erfahrungen und Herausforderungen aufnimmt. Die

Grundsätze bleiben verpflichtend. Wir haben sie in den letzten Jahren nach mannigfachen linken Verirrungen der 70er Jahre in unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wieder zur Geltung gebracht. In unserem Zukunftsmanifest, das wir heute verabschieden wollen, heißt es: **Das neu geschaffene wirtschaftliche Fundament zu festigen und zu verbreitern, die Volkswirtschaft weiter zu modernisieren, wirtschaftliche Dynamik freizusetzen und die Arbeitslosigkeit weiter nachhaltig abzubauen, bleiben auch in Zukunft vorrangige Ziele.**

Meine Freunde, wir haben in vier Jahren große Fortschritte in diesen zentralen Bereichen erreicht, aber nicht weniger große Aufgaben und Herausforderungen liegen vor uns. Dabei ist nicht jede politische Einzelentscheidung wissenschaftlich begründbar.

Wir waren vor 15 Jahren skeptisch gegenüber dem überheblichen Anspruch der Ära Brandt, mit angeblichen wissenschaftlichen Methoden wirtschaftliche und soziale Prozesse steuern und lenken zu können. Aber heute muß man sagen, daß diese Skepsis auch kein Freibrief ist für Irrationalismus und Beliebigkeit mit pseudo-wissenschaftlicher Bemäntelung.

Es gibt auch im Hinblick auf konkrete politische Entscheidungen und Alternativen logische, rationale, nachprüfbare Zusammenhänge und begründbare Alternativen. Das heißt konkret, wenn wir den Blick nach vorne richten:

Wer den erreichten Wohlstand langfristig sichern will, wer den sozial Schwachen die Perspektive besserer Lebensverhältnisse eröffnen will, der kann nicht zugleich wirtschaftliches Wachstum und die verantwortliche Nutzung von Ergebnissen moderner Naturwissenschaft und Technik ablehnen und bekämpfen.

Das heißt, wer bei der bevorstehenden drastischen Änderung der Altersstruktur

unseres Volkes verlässliche soziale Sicherung gewährleisten will, der muß zugleich für eine starke, moderne, dynamische Volkswirtschaft und höhere Kapitalbildung eintreten.

Der Generationenvertrag ist keine Einbahnstraße. Wer die Verantwortung für die nächste und übernächste Generation wirklich und nicht nur verbal ernst nimmt, muß den Kurs einer stabilitätsfördernden Finanzpolitik, also weiterhin geringe Ausgabenzuwächse und eine niedrige Kreditaufnahme, konsequent fortsetzen, an Stelle nach kurzer Zeit wieder, vielleicht unter schönen Überschriften, in den Schlendrian einer unverantwortlichen Schuldenwirtschaft der Linken zurückzufallen.

Arbeitsmarkt

Die Trendwende zum Positiven ist auch auf dem Arbeitsmarkt erreicht. Aber solange rund 2 Millionen Mitbürger erwerbslos sind, bleibt es für uns die wichtigste Aufgabe der Wirtschafts-, der Finanz-, vor allem aber auch der Tarifpolitik, die Voraussetzungen für ein ständig erweitertes Angebot bezahlbarer Arbeit zu schaffen.

Den meisten Betrieben geht es heute wieder besser. Die Zahl der Neugründungen steigt beträchtlich an. Aber nach wie vor stehen einige Bereiche, vor allem des Mittelstandes, steht die Landwirtschaft im Schatten, betroffen durch schwerwiegenden Anpassungsprozesse und die ausstehenden Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft. Wir können dort, wo Märkte schrumpfen, wo Überschüsse nicht mehr absetzbar sind, keine Bestandsgarantien geben. Aber wir wollen mit aller Kraft dafür arbeiten, daß sich Strukturveränderungen menschlich und sozial tragbar vollziehen und insbesondere auch der Mittelstand und die Landwirtschaft wieder eine Zukunftsperspektive gewinnen.

Meine Freunde, wir haben in den letzten vier Jahren gegen manche Kritik den privaten Sektor unserer Volkswirtschaft bewußt gestärkt und den Anteil, den der Staat von der Arbeitsleistung seiner Bürger beansprucht, in einer wachsenden Wirtschaft zurückgeführt. Wir müssen auf diesem Weg konsequent weiter vorgehen. Dieser Kurs ist Ausdruck des Vertrauens in die Selbstverantwortung der mündigen Bürger und ihrer sittlichen Bereitschaft, Mitverantwortung für die Nächsten, vor allem im sozialen und kulturellen Leben, zu übernehmen. Es geht uns dabei nicht um eine unvertretbare Schwächung des Staates. Es geht uns nicht um eine Hinwendung zum Nachwächterstaat oder zur Ellenbogengesellschaft, wie eine der vielen Wortschöpfungen der Sozialdemokraten heißt.

Wir vertrauen den Menschen mehr als die Sozialisten es tun. Das ist die einfachste Feststellung zu diesem Sachverhalt. Wir wollen beides: Verantwortete Freiheit und Solidarität. Aber wir wollen nicht den unter Funktionären und Administrationen bevormundeten, überreglementierten, unselbstständigen Bürger.

Wir können jetzt mit Blick auf den Wahlkampf, auch im Hinblick auf die SPD, einige sehr interessante Feststellungen treffen: Manche ihrer aggressiven Kampfpapieren werden leiser und schwächer. Wir haben in der ganzen Haushaltsdebatte vor vier Wochen in fünf Tagen das Wort vom Kaputtsparen nicht mehr gehört, weil dieses Wort durch die Ergebnisse unserer Politik widerlegt ist. Und wir haben auch das Wort von der Umverteilung von unten nach oben nur noch sehr leise vernommen. Es setzt sich nämlich die Einsicht durch, daß wir eine Umverteilung zugunsten der arbeitsplätze-schaffen und -sichernden Zukunftsinvestitionen vorgenommen haben. Und dies war dringend geboten.

Was heißt das? Ich will nur eine Zahl nennen. Die Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft — das sind diejenigen Investitionen, in denen die Ergebnisse von Naturwissenschaft und Technik besonders zum Tragen kommen — haben in den Jahren 1985 und — in der vorläufigen Schätzung — 1986 um 20 % zugenommen. Das ist ein Zeichen, daß sich unsere Volkswirtschaft durch eine richtige Politik auf die Herausforderungen von morgen einzurichten beginnt.

Auch deshalb ist eine grundlegende Steuerreform so wichtig, die die berufliche Leistung nachhaltiger anerkennt und unsere volkswirtschaftlichen Grundlagen weiter stärkt. Deswegen werden wir die Politik der Privatisierung und des Abbaus hemmender administrativer Regelungen fortsetzen.

Privatisierung ist übrigens auch eine Chance, endlich zu einer breiteren Streuung des Produktivvermögens zu kommen. Wir müssen hier an die Ziele und Wertvorstellungen christlich-sozialer Politik gleichsam aus der Gründergeneration anknüpfen. Heute gehen 95 % der staatlich geförderten Vermögensbildung in verschiedenen Formen des Sparens und nur 5 % in Produktivanlagen. Wir müssen hier durch eine Reform eine ganz andere Gewichtung erreichen. Der Arbeitnehmer soll nach eigener Entscheidung zwischen konkurrierenden Angeboten in wesentlich stärkerem Umfang Miteigentümer am industriellen Vermögen unseres Volkes werden können.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland ist wie kaum eine zweite Volkswirtschaft international vernetzt und damit auch von der Entwicklung der Weltwirtschaft zu einem gewissen Teil abhängig. Es ist ganz naheliegend, daß sich das Interesse unserer Bürger und damit unsere eigenen Aussagen vor einer Wahl vor allem den innenpoliti-

schen Fragen zuwenden. Aber wir müssen über die klassische Außenpolitik hinaus den Blick für die Probleme, für die Situation anderer Völker öffnen, für ihre Entwicklung, ihre Lasten und ihre Sorgen.

Ich habe bis Ende letzter Woche sieben Tage lang Gelegenheit gehabt, in Washington bei den Jahrestagungen von Weltbank und Währungsfonds, zu denen Delegationen aus weit über hundert Nationen zusammenkommen, gleichsam Anschauungsunterricht über das zu bekommen, was andere Völker bewegt und auch belastet.

Das Ergebnis dieser Gespräche ist einerseits Ermutigung, andererseits aber auch Betroffenheit. Es ist ermutigend, wenn wir zu einem stärkeren Gleichklang in der Wirtschafts- und der Finanzpolitik vieler Industrieländer kommen. Man kann auch sagen, daß in der westlichen Welt Grundvorstellungen sozialer Marktwirtschaft erfreulicherweise auf dem Vormarsch sind.

Es gibt auch in einer Reihe von Entwicklungsländern Fortschritte. Aber zugleich müssen wir Betroffenheit empfinden, wenn wir die wirtschaftlichen Krisen, die Bedrängnis, die sozialen Nöte so vieler Völker sehen, auch alter, bedeutender Kulturnationen, auch von Ländern, die uns besonders eng verbunden sind wie die wieder jungen Demokratien Lateinamerikas. Natürlich sind deren Lasten zum Teil auch die Folgen von Fehlentscheidungen vergangener Jahre, etwa bei der erschreckenden Auslandsverschuldung. Natürlich ist eine neue Politik bei ihnen unvermeidlich, die weitere Einschränkungen bringt, auch Härten — Härten übrigens, die alles, was wir in den letzten vier Jahren an Kürzungen bei uns vorgenommen haben, als eine Bagatelle erscheinen lassen.

Aber wir müssen ihnen helfen. Wir müssen ihnen wirksamer helfen, über die

klassischen Formen der Entwicklungshilfe hinaus. Wir müssen ihnen durch mehr Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen und Technologie zu besseren Bedingungen helfen. Wir müssen ihnen — das wird ernste innenpolitische Probleme schaffen — durch eine weitere schrittweise Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte helfen. Wir müssen ihnen durch die Bereitschaft zu höheren Auslandsinvestitionen in Ländern der dritten und vierten Welt helfen.

Es gibt Verwerfungen in der Weltwirtschaft. Es gibt auch gewisse Risiken für die nächsten Jahre. Um so wichtiger ist es, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung halten und noch wetterfester machen.

Um so wichtiger ist es, daß wir volkswirtschaftliche Dynamik, Zunahme der Beschäftigung, daß wir Wohlstand und verläßliche Systeme der sozialen Sicherung im Zusammenhang mit unserem Beitrag als Hilfe für andere Völker zur Lösung ihrer Probleme sehen.

Dies alles, Wohlstand, Vollbeschäftigung, Ausbau sozialer Leistungen in Schwerpunkten, wo es wirklich nötig ist, kann immer nur das Ergebnis einer neuen nachhaltigen Anstrengung sein. Nichts kann man als gelöst abhaken, was die Zukunft unserer Volkswirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Ordnung unserer Finanzen angeht. Wir müssen uns diesen zentralen Aufgaben immer wieder mit Ideenreichtum, mit Entschlossenheit, mit den richtigen ordnungspolitischen Grundsätzen stellen.

Die Fundamente sind in vier Jahren gelegt worden. Die Weichen sind richtig gestellt. Aber wir dürfen nicht erlahmen. Nicht nur im Wahlkampf, sondern vor allem nach der Wahl sind Entschlossenheit, Handlungsfähigkeit und der klare Sinn für Prioritäten von uns gefordert.

Norbert Blüm:

Neue Chancen in der Arbeit

Wir haben im Forum 2 unter der fürsorglich resoluten Leitung von Frau Laurien und nach einem informativen, innovativen, impulsiven Einführungsreferat unseres Freundes Lothar Späth die neuen Chancen der Arbeit diskutiert.

Wir haben zwei Millionen Arbeitslose, meine Damen und Herren. Darüber können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Dabei kann niemand ruhig schlafen — obwohl: nicht jeder, der plärrt, ist hellwach. Wir haben zwei Millionen Arbeitslose, und im Forum 2 wird von neuen Chancen der Arbeit geredet.

Meine Damen und Herren, ich bin da ganz sicher: Neue Arbeit gibt es nur auf neuen Wegen. Die Wege, die in die Krise hineingeführt haben, werden nicht aus der Krise herausführen.

Wir richten uns in der Arbeitslosigkeit nicht häuslich ein. Wir finden uns nicht mit ihr ab, und wir bieten auch kein Katastrophensicherungsprogramm. Probleme sind nicht vom Himmel gefallen, sie sind gemacht, und deshalb kann ihnen auch ein Ende gemacht werden.

Dazu bedarf es freilich Mut und Ausdauer. Und wir kommen voran: 1986 ist das erste Jahr seit 1979, in dem die Arbeitslosenzahl jahresdurchschnittlich wieder sinkt. Und die wichtigste Nachricht: Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu. 1981/1982 verloren wir fast eine Million Arbeitsplätze, und jetzt haben wir in zwei Jahren eine halbe Million dazugewonnen. Eine Million in den zwei Jahren verloren, eine halbe Million in zwei Jahren gewonnen. Es ist richtig: Bergauf geht es

immer langsamer als bergab. Das wissen schon die Kinder vom Schlittenfahren.

Die Talfahrt begann bei der SPD, mit uns geht es bergauf. Und, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde: Ich wundere mich manchmal. Manche tun so, als würden wir schon 40 Jahre regieren.

Wir sind jetzt gerade vier Jahre im Amt. Helmut Schmidt war noch vier Jahre länger Kanzler.

Deshalb kann sich die SPD nicht aus dem Staube machen. Deshalb ist sie mit aufgerufen, zu bewältigen, was sie uns hinterlassen hat.

Das Forum 2 hat sich nicht einfach mit der Arbeit um jeden Preis befaßt — das ist ja das Konzept der Planwirtschaft; die produzieren selbst dann noch, wenn gar nichts mehr gebraucht wird —, sondern mit neuen Chancen der Arbeit, neuen Chancen des Wohlstandes, also dem Arbeitsergebnis, und der Zufriedenheit, deren Quelle die Arbeit ist. Das will ich auch gegenüber allen utopischen Ausflügen hier festhalten: Arbeit ist immer Anstrengung. Auch neue Formen der Arbeit bieten kein Schlaraffenland; das gibt es nur im Märchen. Auch die moderne Arbeit wird nicht ein permanenter Betriebsausflug sein. Ich bin im übrigen davon überzeugt, daß Zufriedenheit des Menschen ihre Quelle auch darin hat, daß man mit Widerständen fertig wird, daß man Herausforderungen annimmt. Langweilig ist das grüne Paradies. Vielleicht ist dieses grüne Paradies auch die Quelle der ganzen Frustrationen eines Teils der nachwachsenden Generation.

Und ich bleibe dabei: Fortschritt ist möglich. Das ist ja auch eine der großen Traditionen der Arbeiterbewegung und schlimm für eine SPD, wenn sie sich von dieser Tradition jetzt verabschiedet und mit den grünen Bürgersöhnchen und -töchterlein fusioniert.

Fortschritt ist möglich: Hat uns die moderne Technik die Arbeit nicht auch leichter gemacht? Will jemand in jene Arbeitswelt zurück, in der die Arbeitnehmer zu zwei Drittel — noch vor zwei Generationen — das Rentenalter gar nicht erreicht haben? Die sind, wie man so sagt, in den Sielen gestorben. Zwei Drittel der Arbeitnehmer haben nach ihrer Erwerbsarbeit das Rentenalter gar nicht erreicht. Wenn es so wäre, daß die moderne Technik nur Ausbeutung, Vergiftung, Katastrophen bieten würde, dann frage ich mich, warum wir alle älter werden. Will jemand ins Siechenhaus zurück, oder nehmen wir nicht alle gern die modernen Errungenschaften der Medizin in Anspruch? Ist die Kohlenfräse nicht besser als die alte Spitzhacke? Die bekommt keine Staublunge. Ist der Lackautomat nicht besser als die Spritzpistole? Er bekommt keine Bleivergiftung. Und selbst die Transferstraße erspart manchem Fließbandarbeiter, der 8 000 Schrauben in einer Schicht in gebückter Haltung anziehen mußte, den Bandscheibenschaden. Ich stelle die moderne Technik nicht als problemlos dar, aber ich bleibe dabei: Es gibt Fortschritt, und Fortschritt ist möglich.

Freilich: Die größte Herausforderung ist Arbeit für alle. Ich sage ausdrücklich: für alle, nicht nur für eine jugendliche Hochleistungsmannschaft, für alle: für alt und jung, für Männer und Frauen. Auch die Behinderten haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Recht, mitzuarbeiten, in die Erwerbsgesellschaft einbezogen zu werden.

Keine noch so hohe Unterstützung macht dieses angeborene Recht auf Mitwirkung vergessen.

Lothar Späth hat von zwei Bereichen gesprochen, in denen die Schaffung von Arbeit für alle angegangen werden muß: Er hat davon gesprochen, das Arbeitsplatzangebot auszuweiten, und er hat auf die

Fragen der Gestaltung des Arbeitskräftepotentials, einschließlich der Verringerung des Arbeitskräftepotentials, hingewiesen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß beide Strategien aufeinander abgestimmt sein müssen, daß nicht die eine der anderen ein Bein stellt. Für den ersten Bereich gilt: Wachstum, Produktivität, Flexibilität, für den anderen Bereich: Vorruhestand. Das haben wir angeboten. Darüber haben die anderen nur geredet. Erziehungsurlaub: Was ist denn Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie anderes als Arbeitszeitverkürzung? Freilich, wir verbinden Arbeitszeitverkürzung immer mit einem Sinn, der nicht nur defensiv ist, sondern neue Chancen bietet: Teilzeitarbeit, Rückkehrförderung. Ich rede jetzt nicht über Programme dieser Regierung, sondern wir haben das getan.

Die SPD hat eine hervorstechende Eigenschaft: Sie redet und redet über Pläne so lange, bis die Leute glauben, sie hätte sie gemacht. Wir machen sie, und die Leute merken es gar nicht.

Jahrelang hat sie über Vorruhestand geredet, wir haben ihn angeboten. Jahrelang hat sie darüber geredet, so daß mancher Arbeitnehmer glaubt, die SPD hätte ihn eingeführt. Das erinnert mich an einen Schmied, der immer auf den Amboß schlägt und gar kein Eisen in der Hand hat, an Stellwerke, die dauernd bedient werden, obwohl gar keine Züge fahren. Wir brauchen auch eine Mitgliedschaft, die unsere Erfolge im Wahlkampf offensiv darstellt. Wir brauchen nicht Leisetreter, sondern wir brauchen in diesem Wahlkampf Lautsprecher.

Wachstum ist nicht alles, aber gibt es nicht noch genug Bedürfnisse? Angesichts einer Welt voll Hunger und Not von Nullwachstum zu reden, ist nichts anderes als eine Verabschiedung aus der Solidarität. Gibt es in unserem Land nicht noch viele Bedürfnisse? Sind wir al-

le satt? Wer Nullwachstum als Ziel verkündet, muß schon sehr saturiert sein. Gibt es nicht auch neue Bedürfnisse in einer Freizeitgesellschaft? Und hierin waren sich alle Sachverständigen des Forums 2 einig: daß der Dienstleistungsbe- reich neue Chancen für Arbeit bietet, der Dienstleistungsbereich, der das Wachstum auch früher beschäftigungsintensiv werden läßt.

Dies an Zahlen: Beschäftigungsintensiv war das Wachstum in den sechziger Jahren ab einer Größenordnung von 4 Prozent, heute ist es das bereits ab einer Größenordnung von 1,5 Prozent. Im Dienstleistungsbereich gibt es neue Chancen, weil auch neue Bedürfnisse zu befriedigen sind: Betreuung, Beratung, Pflege, Lehre, Forschung.

Und, meine Damen und Herren, gegenüber jeder Resignation: Der Mensch wird — entgegen anderslautenden Meldungen — nicht verschwinden, auch nicht aus der Dienstleistungsgesellschaft. Und wenn die ganze Welt verkabelt ist und Sie rund um die Welt telefonieren können, ihren Geschäftspartner weitab am Bildtelefon erreichen können, werden dennoch Leute sagen: Machen wir uns auf den Weg und trinken wir miteinander ein Glas Bier. Und wenn Sie von jedem Computer auf Knopfdruck jede x-beliebige Frage beantwortet bekommen, wird dennoch jemand sagen: Komm rüber und schwätz einmal mit mir.

Ich bin ganz sicher, daß die moderne Technologie den Menschen gerade im Dienstleistungsbereich nicht überflüssig machen wird, daß es für die menschliche Dienstleistung geradezu neue Marktlücken geben wird. Freilich: Da brauchen wir auch ein neues Image für Dienen und Dienst. Unsere Sprache verrät ja die ganzen Verklemmungen. Wir haben keine Hemmung zu sagen, ein Mensch bedient eine Maschine.

Aber einen Menschen zu bedienen, das gilt ja schon fast als ein Defekt. Menschen beherrschen, das geht schon eher. Ich würde sagen: Die Welt ist paradox. Lieber Maschinen beherrschen und Menschen bedienen, das ist unser Traum von einer zukünftigen, von einer menschlichen Gesellschaft.

Nirgendwo wird der Mensch entbehrlich. Auch bei der modernen Medizin ist vielleicht das Lächeln einer Krankenschwester manchmal viel mehr wert als ganze Kurzwellenstöße von modernen Apparaten.

Ich bin auch sicher, daß diese Welt der Computer unser Leben nicht ganz einfachen wird. Schon allein das digitale Denken! Es mag der Entscheidungsfindung dienen, aber die Lebensfülle wird es nicht abbilden können. Das beginnt ja bereits bei der Mathematik. Es ist ja gerade unsinnig zu sagen: Fritz liebt Lisbeth zweimal, dreimal mehr als Amanda.

Sie sehen, es gibt Dinge, wo man gar nicht im Bereich der modernen Computertechnik kommunizieren kann. Ich plädiere für eine Welt, die sich durch Technik nicht verunsichern läßt. Technik als Entlastung, aber auch als Eröffnung neuer Spielräume. Die Wiederentdeckung des Faktors Mensch wird eine neue Beschäftigungschance sein.

Das zweite, was in der Diskussion auch von den Praktikern immer wieder zur Debatte gestellt worden ist: neue Arbeitszeiten. Wir haben uns an die industriellen Arbeitszeiten so gewöhnt, daß wir glauben, sie seien naturwüchsig. Wo steht das eigentlich geschrieben? So starr, so kolonnenhaft organisiert wie die industriellen Arbeitszeiten sind die Arbeitszeiten bestenfalls 200 Jahre. Es gab keine Zeit früher, die die Arbeitszeiten so standardisiert hat. Heute acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, 46, 48 Wochen im Jahr. Ein Arbeitsleben: alles auf Kommando, alles im Gleichschritt. Frühere Zeiten hatten Arbeitszeit und Leben viel

besser miteinander kombiniert. Dem alten Bauern früher wäre es nie eingefallen, sich auf den Glockenschlag einer Reichsversicherungsordnung aus der Arbeit zu verabschieden. Er hat sich Schritt für Schritt zurückgezogen. Auch die Bäuerin hat ihren Lebensrhythmus mit dem Arbeitsrhythmus kombiniert. Zur Zeit kleiner Kinder hat sie andere Arbeitstakte bevorzugt als später.

Ich frage mich, ob wir nicht wieder zu einem natürlichen Arbeitsrhythmus zurückkehren können, ob wir denn am Maschinentakt Maß nehmen müssen, ob nicht die Fließbandgesellschaft bald im Museum steht und ob die moderne Technik uns nicht neue Chancen der Individualisierung, der Freiheit, der Wahlmöglichkeiten bietet. Dieses Gesicht der Technik mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung, das gilt es gegenüber den dunklen Jobkillern mehr in das Bewußtsein auch der Öffentlichkeit zu bringen.

Übergänge können sanfter gestaltet werden. Menschen sind doch nicht zu organisieren wie Maschinen: an Schaltern an- und abgeknipst, ein- und aussteigen. Das läßt sich alles anders bewerkstelligen. Wenn gesagt wird, eine junge Frau oder ein junger Mann, die heute wegen der Kindererziehung aussteigen, hätten nie mehr die Chance, später zurückzukehren, dann frage ich: Was müßt ihr denn verändern, die Mütter oder die Gesellschaft? Da würde ich sagen: Laßt die Mütter und verändert die Gesellschaft. Wir haben da zu das Angebot auch von Teilzeitarbeit. Wir haben Übergangsmöglichkeiten, Möglichkeiten eines sanften, eines gleichzeitigen Übergangs in den Ruhestand.

Im Forum ist auch gesagt worden, daß solche neuen Modelle des Vorruhestandes, des Gleitens in den Ruhestand nicht nur von den Unternehmern gefordert werden dürfen, sondern daß der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen soll.

Mein Appell geht auch an die großen Organisationen. Heute morgen hat Heiner Geißler von den Dinosauriern gesprochen. Er hat aber das Schicksal der Dinosaurier nicht in Erinnerung gerufen. Die Dinosaurier wurden immer größer, bis sie so groß waren, daß sie sich nicht mehr bewegen konnten, und daran sind sie eingegangen.

Es geht darum — gerade um die Überlebensfähigkeit der Sozialpartnerschaft zu sichern —, neue Beweglichkeiten zu trainieren. Und im übrigen, damit auch das nicht in unserer lieben Mutterpartei in Vergessenheit gerät: Wenn von Starrheit gesprochen wird, wollen wir nicht nur die Gewerkschaften im Blick haben, sondern auch manchen Arbeitgeberverband, der sonntags über Flexibilität redet und werktags sie nicht praktiziert.

Ich weiß, daß ein solches Programm sich nicht überall durchsetzen läßt, daß die Kollektivistin immer in den beiden Alternativen denken und reden: entweder für alle oder für niemand. Sie belassen es dabei meistens bei „niemand“. Ich sage: Wenn es nicht überall geht, dann macht es dort, wo es geht. Nicht das „alles oder nichts“, sondern das „teils — teils“ ist das Gebot der Stunde. Nicht überall wird sich Teilzeitarbeit durchführen lassen; in meinem Job beispielsweise relativ schwer.

Es gibt sicherlich mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, als wir uns alle vorstellen können. Eine Untersuchung von Rheinland-Pfalz zeigt, daß 60 % der Arbeitsplätze zu teilen wären. Lothar Späth hat auf eine Untersuchung von McKinsey aufmerksam gemacht. Sie hat ergeben, daß ein Riesenpotential von neuer Beschäftigung, neuer Flexibilität gegeben ist.

Aber auch das, meine ich, müßte zu den neuen Einsichten gehören: Wenn die Menschen kürzer arbeiten wollen, dann müssen die Maschinen länger arbeiten.

Wir werden uns nicht den Luxus leisten können, daß dann Betriebszeit und individuelle Arbeitszeit deckungsgleich sind. Und im übrigen: Was da für stärkere Auslastung herausgewirtschaftet wird, hätte ich auch gerne in den Lohntüten der Arbeitnehmer.

Wir brauchen eine neue Zeitordnung auch zur Entlastung der Raumordnung. Es müssen die Infrastrukturen nicht alle gezeitenhaft überschwemmt werden. Samstags sind alle Schwimmbäder überfüllt, montags stehen sie leer.

Wir brauchen neue Flexibilitäten. Darauf werden Kollektivistin, die immer in Kolonnen denken, nie eine Antwort finden. Aber — auch das gehört zur ganzen Wirklichkeit — Flexibilität nicht mit einer Hurra-Begeisterung. Flexibilität und sozialer Schutz! Die Flexibilität kann nicht zu einer Beweglichkeit führen, wo niemand mehr ein Rückgrat hat. So viel Gelenkigkeit nicht! Sozialer Schutz muß auch mit neuen Arbeitsformen verbunden sein.

Ich bleibe dabei: Bei aller Mischung, laßt uns den Sonntag von jeder Flexibilität freihalten. Nicht nur aus religiösen Gründen, sondern weil die Familien sich nicht nur an der Haltestelle treffen sollen und weil es in dieser Industriegesellschaft noch Ruhe- und Rastpausen für alle geben muß.

Aber wir werden auch neue Teilzeitarformen, wo die Menschen wie Zubehör behandelt werden, abstützen müssen. Wir haben im Beschäftigungsförderungs-gesetz der Teilzeitarbeit auf Abruf erste soziale Korsettstangen eingezogen. Wir haben das Job-sharing davon befreit, daß es wie siamesische Zwillinge organisiert ist: Wenn der eine Teil geht, muß der andere auch gehen. So nicht! — Flexibilisierung mit sozialem Schutz!

Ich sehe auch in den neuen, fast massenhaft auftretenden Kleinstarbeitsverhält-

nissen unter 410 Mark einen neuen Versuch eines trojanischen Pferdes, den Sozialstaat zu unterwandern. Auch darauf muß eine Antwort gegeben werden.

Wir brauchen Teilzeitarbeit nicht nur in der Form der Tagesteilung. Wir brauchen auch Wochenteilung, Jahresteilung. Vielleicht müssen wir Jahresarbeitszeiten vereinbaren. Vielleicht ist der Kampf um Wochenarbeitszeiten ein Kampf, den wir demnächst wie einen Kampf aus der Eiszeit behandeln werden.

Ich weiß jedenfalls, daß eine Partei wie unsere, dem Neuen aufgeschlossen, nicht kollektiv denkend diesen Chancen der Arbeit nachspüren muß. Wir brauchen geradezu eine Olympiade der Einfälle. Wenn manche sagen: das gab es nie, dann kann ich nur sagen: das hat das Neue so an sich, daß es das nie gab.

Wenn wir den technischen Fortschritt nach dem Motto begleitet hätten, wie manche sozialen Innovationen heute begegnen — „Das gab es nie, deshalb darf es das nicht geben“ —, dann würden wir heute unseren Kongreß nicht in der Rheingoldhalle, sondern auf Bäumen abhalten. Technik lebt davon, daß Neues riskiert wird.

Ich denke, daß auch die Politik Innovation braucht. Sozialdemokraten werden immer in großen Beschäftigungsprogrammen, in großen spektakulären Verteilungsaktionen denken. Aber, meine Damen und Herren, spricht es sich nicht herum, daß diese Therapien alle nutzlos waren? 17 Beschäftigungsprogramme, 50 Milliarden Mark haben sie gekostet! 17mal die falsche Diagnose, 17mal die falsche Therapie. Jetzt wollen sie das zum 18. Mal probieren, was 17mal falsch war. Also ein Arzt, der 17mal den Blinddarm an der falschen Stelle gesucht hat, den würde ich beim 18. Mal nicht operieren lassen.

Und das andere Stichwort: Qualifizierung. Wir reden von Modernisierung der

Wirtschaft. Modernisierung der Wirtschaft kann doch nicht nur bedeuten: neue Maschinen, Erneuerung des Maschinenparks. Es muß auch Qualifizierung der Arbeitnehmer bedeuten. Was nützt die schönste und modernste Maschine, wenn sie niemand mehr bedienen kann, wenn sie niemand mehr beherrschen kann?

Deshalb: Ich finde, auch darauf dürfen wir stolz sein. Diejenigen, die mitgewirkt haben, verdienen Respekt dafür, daß uns ein neuer Aufbruch für die Lehrlingsausbildung gelungen ist. Drei Jahre hintereinander Lehrlingsrekorde: Das ist auch ein Aufbruch hin zu Qualifizierung. — Ja, ich sage wieder: Lehrling, denn das Wort „Auszubildender“ stammt aus der Entsaftungsmaschine der Soziologen, die alles so plattwalzen.

Diese Verkünstlichung der Sprache entspricht der Lebensferne der Politik.

Aber ich bleibe dabei: Lehrlingsausbildung ist nur ein Teil. Der andere Teil heißt Weiterbildung, und zwar nicht nur für die Jungen und nicht nur für den Aufstieg. Natürlich bietet Bildung Aufstieg, aber macht den Leuten keine Angst. Erweckt jetzt nicht den Eindruck, als würde jetzt aus jedem Schrankenwärter ein E-Lok-Führer, aus jedem Aufzugführer ein Weltraumfahrer. Es kommt auch darauf an, daß man im erlernten Beruf auf der Höhe der Zeit bleibt, daß der Werkzeugmacher seinen Beruf auch noch in 30 Jahren beherrscht. Dann nützt ihm der Facharbeiterbrief nichts, dann muß er auftanken können.

Vielleicht ist ein Teil der Vermittlungsschwierigkeiten, der Arbeitsplatzschwierigkeiten der älteren Generation darauf zurückzuführen, daß sie — anders als in früheren Zeiten — nicht mehr die Arbeitnehmer sind, bei denen sich die Jüngeren Rat holen, weil sie alle Tricks beherrschen, sondern daß sie diejenigen Arbeitnehmer sind, deren Ausbildung am weit-

sten zurückliegt. Deshalb heißt Weiterbildung nicht nur Weiterbildung der Jungen, sondern auch der Älteren.

Das ist nicht nur die Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit. Wir brauchen qualifizierte Arbeiter in den Betrieben.

„Prognos“ hat nachgewiesen: Von zehn durch Technologie veränderten Arbeitsplätzen werden neun höhere Qualifizierungen verlangen; nur einer wird mit niedrigeren Qualifikationen enden. Die Zahl der Arbeitsplätze, auf denen Ungelernte beschäftigt sind, wird abnehmen. Es hat keinen Sinn, über Facharbeitermangel zu klagen und den nächsten schon zu produzieren. Wenn sich die Wirtschaft über einen Mangel an Facharbeitern beklagt, dann stelle ich überhaupt die Frage: Wer bildet denn Facharbeiter aus? Seid vorsichtig, daß das nicht ein Bumerangargument wird. Wenn es zu wenige Facharbeiter gibt, dann müssen die Betriebe mehr ausbilden. Geliefert werden die nicht. Man muß nicht nur planen in Sachen Maschinen, sondern wir brauchen auch eine Personalplanung.

Es wäre dumm, den 40jährigen abzuschreiben. Nur 2 % der 40jährigen werden im Betrieb weitergebildet. Der 40jährige ist im Jahre 2000 54 Jahre alt. Das ist noch ein junger Arbeitnehmer; ich sehe hier einige. Wenn dieser Arbeitnehmer jetzt nicht weitergebildet wird, dann vermindern wir auch dessen Chancen. Im Jahre 2000 haben wir 300 000 Schulabgänger weniger. Es ist also eine vorausschauende Bildung erforderlich.

Wir geben in den Betrieben 32 Milliarden DM für Weiterbildung aus. Das sind 5 % der Lohnsumme, das sind 10 % von dem, was wir für Anlageninvestitionen ausgeben. Ich sage: Das ist zu wenig. Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive in den Betrieben.

Freilich: Die Bundesanstalt für Arbeit wird nicht beiseite stehen, aber sie wird

immer nur flankierend tätig sein. Ihr werdet doch den 50jährigen nicht mehr auf die Schulbank irgendeiner Institution setzen; er muß im Betrieb weiterlernen. Das ganze Erfolgsgeheimnis des dualen Bildungssystems ist Lernen durch Mitarbeit; das gilt auch für den Älteren.

Das zur aktuellen Verwertung im Wahlkampf: Nie wurden die arbeitsmarktpolitischen Instrumente mehr genutzt als in unserer Zeit. Dies zum Thema Sozialabbau. Als ich mein Amt übernommen habe, hat die Bundesanstalt für Arbeit 6,8 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Wissen Sie, wieviel sie in diesem Jahr ausgibt? 11,5 Milliarden DM. Nach meiner Kenntnis sind elf mehr als sechs. Wie kommen die Sozialdemokraten dazu, wir machten weniger als sie?

Als ich mein Amt übernommen habe, gab es 29 000 ABM-Plätze. Wissen Sie, wie viele es jetzt gibt? 111 000. Was ist mehr: 111 oder 29? Wieso ist es Sozialabbau, wenn wir dreimal mehr machen als die SPD? Wieso ist das Sozialabbau? Schaltet nicht den Rückwärtsgang ein, sondern geht offensiv an die Genossen ran, denn die haben weniger gemacht als wir.

Wenn es niemanden langweilt, kann ich auch weitermachen: 260 000 Arbeitnehmer waren 1982 in von der Bundesanstalt geförderten Lehrgängen zur Umschulung und Weiterbildung. Wissen Sie, wie viele es in diesem Jahr sein werden? 460 000. Ich frage den DGB — das ist meine Rückantwort auf die Prüfsteine —: Was ist mehr, 460 000 oder 260 000? 460 000 sind mehr.

Wir haben die Arbeitslosen nicht im Stich gelassen. Wir haben die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für die älteren Arbeitslosen verlängert. Wir haben den Ehegattenfreibetrag für die Arbeitslosenhilfe verdoppelt. Wir haben die jugendlichen Arbeitslosen wieder ins Kindergeld und

die Krankenversicherung hineingenommen; die SPD hatte sie herausgeworfen. Jetzt läuft der Herr Rau durchs Land und sagt, sie hätten die jugendlichen Arbeitslosen ins Kindergeld und die Krankenversicherung einbezogen. Ich weiß gar nicht, wie der darauf kommt. Ich kann es nur so verstehen: Wenn die SPD sie nicht herausgeworfen hätte, dann hätten wir sie nicht hereinnehmen können. Insofern sind sie die Verursacher, daß wir sie hereinnehmen können, das stimmt.

Ich kann auch das in Zahlen sagen. Kürzungen — wir mußten kürzen — bei der Bundesanstalt in dieser Legislaturperiode: 2 Milliarden DM. Verbesserungen für diejenigen, die der Hilfe am meisten bedürfen: 3,2 Milliarden DM. Was ist mehr: kürzen oder dort verbessern, wo Hilfe gebraucht wird?

Alle reden über Kürzungen; laßt uns einmal darüber reden, was wir mehr gemacht haben. Als ich mein Amt übernommen habe, hatte die Bundesanstalt 1982 ein Defizit von 7 Milliarden DM und für das Jahr 1983 von 13 Milliarden DM. Jetzt haben wir wieder einen Überschuß. Und diejenigen, die das Defizit produziert haben, wollen uns jetzt Ratschläge geben, wie wir mit dem Überschuß zu-rechtkommen. Das erinnert mich an folgendes: Jemand wirtschaftet einen Betrieb herunter, bringt ihn in die roten Zahlen, macht bankrott. Dann kommt jemand, saniert den Laden, und dann kommt der Bankrotteur und sagt dem Sanierer, wie er es in Zukunft besser machen soll. So ähnlich ist es mit der SPD.

Heute höre ich vom DGB, unsere Vorschläge zu einer weiteren Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes seien völlig unzureichend. Wir haben den DGB eingeladen, mit uns ins Gespräch darüber einzutreten. Der weiß zwar noch nicht, was wir wollen, aber er sagt vorsorglich einmal, sie seien unzureichend.

Er weiß noch nicht, was wir wollen, aber er sagt, es sei falsch. Das ist so ähnlich wie bei der IG Metall, die sagt, es gebe überhaupt keinen Beschäftigungszuwachs, aber der, den es gebe, stamme von ihr, und zwar durch Arbeitszeitverkürzung.

Ich denke, daß wir uns durch nichts irritieren lassen und auf unserem Weg weitergehen. Freilich: Wir allein werden es nicht schaffen, sondern nur mit Arbeitgebern, mit Gewerkschaften. Sie sind eingeladen. Wir alle sind nicht für uns eingesetzt, sondern für andere. Je mehr Zusammenarbeit, um so besser. Wir brauchen Mut und Phantasie.

Vielleicht darf man das auch noch in Erinnerung bringen: „Macht euch die Erde untertan.“ — Das ist der ursprüngliche Arbeitsvertrag. Er richtet sich an alle Erdenkinder. Alle sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Arbeitsvertrages. Auch die Arbeitgeber sind nur Filialleiter des lieben Gottes. Insofern sind wir alle verpflichtet, jedem seine Chance zu geben, mitzuwirken an der Arbeit am Schöpfungsauftrag Gottes. Der Ausschuß von der Arbeit durch Arbeitslosigkeit ist ebenso ein Angriff auf diesen Schöpfungsauftrag wie der Ausstieg aus der Arbeit in alternative Utopien.

Wir werden immer zur Stelle sein, wenn es darum geht, all denjenigen zu helfen, die arbeiten wollen, aber nicht können, nämlich den Arbeitslosen, Behinderten, Alten, Kranken. Wir werden nicht mit von der Partie sein bei denen, die arbeiten können, aber nicht wollen. Das sind die neuen Ausbeuter der Gesellschaft.

Ich träume auch gern alternativ unter den Palmen Balis, wenn ich weiß: Im Notfall steht die deutsche Sozialhilfe, für die die Malocher ihre Knochen hingehalten haben, zur Verfügung. Das ist nichts als Ausbeutung, und mit denen haben wir nichts zu tun. Mit diesen grünen Ausstei-

gern liegen wir — im Unterschied zur SPD — nicht im Bett. Wir bleiben der Arbeiterschaft treu.

Nichts löst sich von selbst. Es bedarf Ausdauer, Zähigkeit und Mut, aber es bedarf auch der Zuversicht, daß wir es schaffen können.

Pessimismus blockiert Phantasie. Insofern geht es in diesem Wahlkampf auch um die Alternative: Zittern und Zagen oder Zukunft und Zuversicht? Wir brauchen in dieser Gesellschaft die Zuversicht, daß wir mit den Problemen fertig werden können.

Es gab Zeiten, die größere Probleme hatten, und diese Zeiten liegen noch nicht allzu lange zurück. Der Wiederaufbau Deutschlands war eine größere Leistung der Gründergeneration dieser Republik als die Aufgaben, die uns ins Haus stehen. Und es wäre gelacht, wenn wir es nicht schaffen würden. Wir müssen es schaffen. Wir schaffen es — wie beim Wiederaufbau —: nicht durch Klassenkampf, sondern durch Kooperation und Zusammenarbeit.

Rita Süßmuth

Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit

Meine Damen und Herren! Nachdem mir Norbert Blüm unter dem Motto der neuen Partnerschaft die Restarbeitszeit zugebilligt hat, brauche ich, denke ich, nur noch wenig zu ergänzen. Das ist die neue Flexibilisierung.

Wir haben in unserem Forum unter der Leitung von Frau Verhülsdonk und eingeleitet durch Herrn Albrecht soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit diskutiert. Ich denke, am Anfang meines Berichts sollte stehen, daß in der Diskussion durchgängig eines deutlich geworden ist: Wir sind nicht — wer auch immer

uns dazu abstempeln will — die Partei der sozialen Kälte, wir sind diejenigen, die in dieser Legislaturperiode angesichts von riesigen Löchern überhaupt erst wieder die Grundlagen zur sozialen Sicherung gelegt haben.

Allerdings sind auch wir nicht der Auffassung, daß der Staat und daß die großen kollektiven Sicherungssysteme schon ausreichen, um den Menschen das Gefühl von sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu vermitteln. Ganz im Gegenteil: Institutionen können zu Apparaten werden, in denen sich die Menschen überhaupt nicht mehr wiederfinden und die, obwohl sie den Anspruch der Totalversorgung erheben, weit hinter den Mindestbedürfnissen der Menschen zurückbleiben.

Es wurde im Verlauf des Forums gesagt: Ältere Menschen suchen nicht nur Geborgenheit, sie geben auch eine Menge Geborgenheit.

Aber lassen Sie mich, da sich soziale Sicherung nicht nur auf das Alter bezieht, sondern sehr jung beginnt, hinzufügen: Ebenso muß, glaube ich, in unserer Gesellschaft ein entscheidender Satz gelernt werden: Eltern geben nicht nur Kindern Geborgenheit, Kinder geben auch Erwachsenen Geborgenheit — manchmal mehr, als diese wissen.

Uns beschäftigte die Frage, wie wir angesichts des Altersaufbaus unserer Gesellschaft den Generationenkonflikt vermeiden könnten. Wir können hier keine fertigen Antworten geben. Es ist oft auch besser, bei der Problemsicht einen Augenblick zu verweilen und nicht vorschnell mit Antworten in die Gesellschaft zu schießen, die sich dann als Nichtantworten erweisen.

Ich kann hier nur stichwortartig wiederholen, was zur Frage der Vermeidung des Generationenkonflikts gesagt worden ist: Die beste Lösung wäre, wir hätten einen

Altersaufbau, bei dem alle Altersgruppen vergleichsmäßig vertreten sind, wir lebten in Zukunft wieder in einer Gesellschaft, in der Kinder selbstverständlich dazugehören, ohne daß wir ständig über diese Selbstverständlichkeit sprechen müßten.

Dazu gehört aber auch Respekt, wechselseitiger Respekt vor den Jungen und vor den Alten oder Älteren.

Einer der wichtigsten Beiträge in diesem Forum war: Sprechen wir doch nicht einseitig von Betreuung, Pflege und Versorgung! Die alten Menschen wollen in ihrer Mehrheit etwas anderes. Sie wollen ihre Eigenständigkeit, ihre Eigenverantwortlichkeit, ihre Mündigkeit. Sie wollen gewiß soziale Sicherheit, aber wie das Leben läuft, hängt ganz entscheidend davon ab, wie wir miteinander leben. Das kann keine Solidargemeinschaft größten Stils gewährleisten. Dazu müssen wir uns offenbar der „Krücken“ der Vergangenheit erinnern: der Nachbarschaft, der kleinen Gruppen, der Selbsthilfe — alles mit einer sehr alten Tradition. Wir sollten nicht so tun, als hätten wir das ganz neu erfunden; wir müssen es nur wieder praktizieren.

Aber wer glaubt, dies sei nur über die Nachbarschaft zu machen und dabei das grundlegende und wesentlichste Element vergißt, die Familie, der kann im letzten keine soziale Sicherheit und Geborgenheit bereitstellen. Deswegen ist die Familie nach wie vor der entscheidende Ort, an dem Menschen ein Leben lang Erfahrung machen und mit dem sie ein Leben lang Erfahrung machen.

Unser eindeutiges Votum in diesem Forum war bei aller Anerkennung des sozialen Sicherungssystems der Vergangenheit: Wenn wir eine Zukunft, eine menschliche Zukunft, wollen, dann dürfen wir die Menschen nicht überwiegend in die Erwerbsarbeit schicken und die Restarbeit gerade noch für die Familie

freistellen, sie aber nirgendwo absichern und gleichzeitig vom menschlichen Miteinander sprechen. Unsere Forderung lautet: Dort, wo Menschen erzogen, wo sie jahrelang gepflegt werden — Behinderte, Kranke und Alte —, ist es längst überfällig, daß wir ideelle und materielle Anerkennung verstärken. Das muß unser Zukunftsprogramm sein.

Und an dieser Aufgabe beteiligen sich eben nicht nur die Jungen, sondern auch die Älteren.

Und noch ein Wort aus dem Forum: Wir haben uns geeinigt, nicht mehr einseitig von dem verheerenden Wort „Alterslast“ Gebrauch zu machen, wie wir auch immer von den „Kinderlasten“ sprechen, sondern von dem Begriff „Altenkapital“.

Das ist vielleicht ein Ausdruck aus der Ökonomie, es bezeichnet aber etwas an Erfahrung, an menschlicher Bereicherung, was nicht unterschätzt werden kann und ohne das keine Gesellschaft auskommt.

Wenn wir dies zur Grundlage machen, dann machen wir weder in der Sicherungs- noch in der Altenpolitik den Fehler, eine Politik für alte Menschen zu machen, sondern gehen aus von ihren Eigeninitiativen, von ihren Leistungen, erkennen diese an und machen mit den Alten Politik, vielleicht auch von den Alten her. Das ist eine gute Perspektive, die uns aufgegeben ist.

Allerdings sollten wir uns gleichzeitig erinnern, soziale Sicherung über Renten ist kein Geschenk, es ist Lohn für Lebensarbeit, etwas, das den Menschen nicht sozial wie ein Geschenk angeboten wird, an dem man beliebig herumlaborieren kann, sondern etwas, was ihm als Lebensleistung zusteht. Deswegen sagen wir, wir halten an der beitragsbezogenen Rente fest. Dies schließt nicht aus, daß wir für neue Aufgaben auch neue Systeme entwickeln müssen. Es geht nicht an, daß bei

1,50 DM oder 1 DM Rezeptkosten geschrien wird, daß wir aber das Pflegerisiko zu 100 % nicht abgesichert haben. Also müssen wir hier Balancen schaffen, und wir werden uns dieser Aufgabe, wie wir begonnen haben, weiterhin annehmen. Wir brauchen keinen anderen, der uns sagt, wie dies besser geschehen könnte.

Wir wollen ältere Kranke solange wie möglich in ihren Wohnungen, dort, wo sie selbstständig leben können, wir wollen die Familienbetreuung, wo immer sie möglich ist, aber wir wollen auch keine soziale Ungerechtigkeit für die Familien, und das heißt: Anerkennung der in der Familie geleisteten Pflege. Diese Aufgabe wird uns abverlangt.

Nun möchte ich daran erinnern, daß wir in dieser Legislaturperiode grundlegende Aufgaben sozialer langfristiger Zukunftssicherung angepackt haben, die angesichts der Staatsfinanzen keineswegs selbstverständlich waren. Ich kann hier nur wieder aufnehmen: In vier Jahren ist weit mehr geleistet worden als versprochen. Das betrifft nicht nur das Erziehungsgeld für alle Mütter, sondern es betrifft gerade den ersten Schritt in die Anerkennung der Familienarbeit hinein, die Anerkennung von Erziehungszeiten. Der revolutionärste Schritt in der Familienpolitik ist die Anerkennung von Erziehungszeiten, weil damit tatsächlich die Familienarbeit der Erwerbsarbeit im ersten Schritt gleichgestellt wird. Das haben wir in unseren Programmen immer gefordert.

Aber wir wollen keine Familie, in der Leistungen verrechnet werden, keine Marx'sche Tauschgesellschaft. Wenn wir an allen Orten nur noch fragen, was wir für das bekommen, was wir tun, dann ist das der Ausverkauf einer menschlichen Gesellschaft, dann verrechnen wir nur noch. Dann gibt es weder Leistungen für Kinder noch für Hilfsbedürftige.

Zu der Diskussion um das Ehrenamt. Es steht jeder Gesellschaft als selbstverständliche Aufgabe an. Eine Gesellschaft kann nicht human überleben nur durch die großen Systeme, sie kann nur human überleben, wenn neben der Erwerbs- und Familienarbeit Menschen Dienst am Menschen leisten. Wenn wir dies in unseren Systemen nicht auch berücksichtigen, wenn wir den, der im Sport tätig ist, steuerlich besserstellen, als den, der langjährig zu Hause oder im Altersheim Ehrenarbeit tut, dann ist das sozial ungerecht und nicht motivierend. Deswegen braucht auch die Ehrenarbeit ihre Anerkennung.

Lassen Sie mich bei aller positiven Bewertung der hauptamtlichen Arbeit in den sozialpflegerischen Bereichen aber auch sagen: Wir brauchen ein Stück weit mehr Bescheidenheit, einen anderen Umgang zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Mancher erfährt dort, daß er gleichsam als Ungelernter eine Tätigkeit übernimmt, und dies geht besonders Hausfrauen so, die wichtigste menschliche Arbeit leisten, aber beachtet werden wie Menschen, die nichts vermögen. Dies ist nicht nur unsozial, sondern unchristlich und verstößt gegen die elementarsten Umgangsformen zwischen Menschen. Hier haben alle Institutionen miteinander zu lernen.

Lassen Sie sich draußen nicht sagen, wir wollten die Familie einseitig überfordern, wir wollten die anstehenden großen sozialen Aufgaben einseitig mit dem Ehrenamt lösen. Nein, wir wollen Verhältnisse, in denen die Tradition der großen Solidargemeinschaften fortgeführt werden, sowohl was die Kranken-, Arbeitslosen- und Alterssicherung betrifft, aber wir wollen nicht anonyme soziale Sicherung. Was die Menschen entscheidend brauchen als Kranke, Behinderte, als Ältere, ist der

Mensch und über den Menschen seine Hilfeleistung materieller und anderer Art. Wo die Menschen ausfallen, helfen uns die Systeme nichts. Deswegen rufen Sie, ich möchte sagen, mit Nachdruck, in dieser Gesellschaft zu mehr Mitmenschlichkeit auf, denn die kann durch kein System gewährleistet werden.

Vergessen Sie dabei nicht, daß, wenn wir von Alterssicherung sprechen, dies in jungen Jahren beginnt. Wir haben im Podium wenig Zeit gehabt, hinreichend über die Jugend zu sprechen, aber ich denke, der beste Dienst, den wir der Jugend erweisen können, ist ein dreifacher, sie vor Herausforderungen stellen, nicht meinen, daß sie mit Betreuung, Versor-

gung und Verwöhnung angemessen erwachsen werden könnte.

Wir müssen ihr zweitens in der Gesellschaft über Ausbildung und Arbeit einen Platz zuweisen. Arbeit ist ein wesentlicher Teil der Erfahrung, gebraucht zu werden, einen Platz unter den Menschen zu haben.

Ein Drittes. Ermutigen wir sie und erkennen wir sie an in den Leistungen, die sie an verschiedenen Orten für die Menschen erbringt, auch im Sport, in der Gymnastik, in der Musik, in den Altenheimen, bei den Behinderten, denn wie wir unsere Gesellschaft bauen, hängt von allen ab, den Jungen, der Generation des mittleren Alters und den Älteren, die voll zu uns gehören.

Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen: SPD-Anhänger glauben nicht mehr an Wahlsieg

Auf die Frage „Wer gewinnt die Bundestagswahl?“ erklärten 60 Prozent der Befragten, daß die derzeitige Regierungskoalition vorne liegen wird. Nur noch 33 Prozent glauben an einen Wahlsieg von SPD und Grünen.

Bei der sogenannten Sonntagsfrage entschieden sich, wie schon im Juli und August 45 Prozent für CDU, 7 Prozent für FDP, 41 Prozent für SPD und 6 Prozent für Grüne.

Auf die Frage nach der eigenen wirtschaftlichen Lage antworteten 4 Prozent mit sehr gut, 52 Prozent mit gut und 35 Prozent mit teils-teils. Nur 8 Prozent sahen sich in schlechter und nur noch 1 Prozent in sehr schlechter wirtschaftlicher Lage. Verglichen mit früheren Umfragen ergibt das eine deutliche Mehrheit der Zufriedenen. Außerdem: 60 Prozent glauben daran, daß es auch in Zukunft mit der Wirtschaft aufwärts geht, und 50 Prozent halten diesen Aufschwung den derzeit Regierenden zugute.

Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen erhebt regelmäßig für das Politbarometer (ZDF) Umfragen unter 2000 repräsentativ ausgesuchten Wahlberechtigten zu aktuellen tagespolitischen Themen.

Arbeitsmarkt im konjunkturellen Aufwärtstrend

Die Arbeitslosenzahl nahm auch im September weiter ab, um gut 74 000. Sie liegt mit 2046 100 um 105 000 unter dem Stand vor einem Jahr. Ihre Quote ist von 8,7 Prozent vor einem Jahr über 8,5 Prozent im Vormonat auf 8,2 Prozent gesunken. Nach dem EG-Maßstab — Anteil an allen Erwerbspersonen — liegt die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik bei 7,3 Prozent, im EG-Vergleich nach wie vor eines der günstigsten Ergebnisse.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat weiter an Schwung gewonnen. Auch der Arbeitsmarkt bewegt sich immer deutlicher im konjunkturellen Aufwärtstrend, erklärte hierzu Staatssekretär Friedhelm Ost.

1. Der Beschäftigungsanstieg hat sich weiter fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitsplätze lag im August um 290 000 über dem Stand des Vorjahres — und damit (saisonbereinigt) um 564 000 über dem Tiefstand von Oktober 1983.
2. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl fiel in diesem September stärker aus als in den vergangenen Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen hat jetzt den niedrigsten Stand seit November 1982 erreicht. Mit 2046 000 liegt diese Zahl um 105 000 unter dem Vorjahresstand.
3. Weiterhin positiv entwickelt sich das Angebot an offenen Stellen. Die Zahl der offenen Arbeitsplätze, die allein bei den Arbeitsämtern gemeldet wurden, lag im September 41 Prozent höher als vor einem Jahr. Hinzu kommen viele Stellen, die über Zeitungsanzeigen angeboten werden.

Als besonders erfreulich empfindet der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bernhard Jagoda MdB**, den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, wenn man berücksichtigt, daß im Sommer dieses Jahres sehr starke Jahrgänge in das Erwerbsleben integriert werden müssen. Alle vorliegenden Fakten sprechen dafür, daß einige wichtige Arbeitsmarktdaten im Oktober nochmals besser werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl kondoliert Frau von Braunmühl

In einem Beileidstelegramm an die Witwe drückte Bundeskanzler Helmut Kohl seine große Erschütterung über die brutale Ermordung von Herrn von Braunmühl aus.

„Dieser Anschlag galt einem Mann“, so heißt es in dem Telegramm, „der sich seinen vielfältigen Aufgaben im Auswärtigen Amt und damit für unseren Staat mit großem persönlichen Einsatz und Hingabe gewidmet hat. Ihn haben dabei nicht nur seine hohen intellektuellen Fähigkeiten, sondern vor allem auch seine Kreativität, sein Engagement und seine Willenskraft ausgezeichnet. Ihr Mann hatte sich innerhalb der Bundesregierung und international hohes Ansehen und Respekt erworben. Sein Wirken galt immer einer Politik des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern.“

Rentenerhöhung deutlich über der Preissteigerungsrate

Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Rentenanpassungsgesetzes 1987 beschlossen. Danach sollen die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung und die Altersgelder der Altershilfe für Landwirte zum 1. Juli 1987 angepaßt werden.

Das Ausmaß der Rentenanpassung richtet sich nach dem durchschnittlichen Lohnanstieg im Jahre 1986. Dieser ist erst im Frühjahr 1987 bekannt; nach dem derzeitigen Stand der statistischen Erhebungen beträgt er 3,7 Prozent.

Zum 1. Juli 1987 wird die Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung um weitere 0,7 Prozent der Rente steigen, so daß sich eine Erhöhung der verfügbaren Renten um rund 3 Prozent ergibt. Um rund 3 Prozent sollen auch die Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung angepaßt werden.

Wie bereits in diesem Jahr wird damit auch im kommenden Jahr die effektive Rentenerhöhung deutlich über der zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen.

Die Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte sollen zum 1. Juli 1987 auch effektiv um voraussichtlich 3,7 Prozent erhöht werden, weil die Altersgeldbezieher bereits seit 1983 vom Altersgeld einen Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von durchschnittlich 6 Prozent zahlen.

Auch der Sozialbeirat hat in seinem diesjährigen Anpassungsgutachten einstimmig empfohlen, die Renten zum 1. Juli 1987 nach Maßgabe des Anstiegs des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts im Jahre 1986 anzupassen bei gleichzeitiger Erhöhung der Eigenbeteiligung der

Rentner an ihrer Krankenversicherung. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß bei weiterhin günstiger Preisentwicklung dadurch die Renten auch 1987 real steigen.

Die Rentenanpassung bewirkt eine Erhöhung von rund 14 Millionen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, knapp 1 Million Renten der gesetzlichen Unfallversicherung sowie rund 595 000 Altersgelder und Landabgaberenten der Altershilfe für Landwirte.

Der Rentenanpassungsbericht 1986 bestätigt die Wirksamkeit der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen. Er weist aus, daß sich auf der Grundlage der Annahmen der Bundesregierung über die Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung die Schwankungsreserve in diesem Jahr um rund 6 Milliarden Mark auf mehr als 17 Milliarden Mark erhöhen wird (1,5 Monatsausgaben); sie wird auch in den Folgejahren kontinuierlich auf nahezu 30 Milliarden Mark Ende 1990 steigen (2,3 Monatsausgaben). Damit wird die Schwankungsreserve mehr als das Doppelte der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklagen betragen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Rentenanpassungsgesetz-Entwurfs hat die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluß bekräftigt, daß die Kriegsofferrenten zum 1. Juli 1987 ebenfalls so steigen sollen wie die verfügbaren Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Bundesregierung hat damit den bewährten Anpassungsverbund zwischen den Renten aus der Sozialversicherung und den Kriegsofferrenten unterstrichen.

Neu im Angebot!



Diese neue Broschüre ist eine wichtige Argumentationshilfe im Bundestagswahlkampf. Sie enthält eine Darstellung unserer Energiepolitik, den Ausstiegsbeschluß der SPD und die Widerlegung der falschen Behauptungen der SPD.

Broschüre: Sichere Energien für eine humane Zukunft

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 56,— DM
Bestell-Nr.: 5911

Informationsmappe

Ein bewährter Helfer im Wahlkampf ist unsere praktische Informationsmappe, jetzt auch mit dem neuen Signet.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 32,— DM
Bestell-Nr.: 0398

Klein und handlich, etwas, das jeder Reisende immer gern dabei hat:

Nähetui

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 27,50 DM
Bestell-Nr.: 9906

Die Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler und vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger vom Mainzer Bundesparteitag wird es demnächst auch als Broschüre geben.

Helmut Kohl: Nach guter Arbeit die Zukunft im Blick

Bestell-Nr.: 3914

Heiner Geißler: Vorwärts statt rückwärts

Bestell-Nr.: 3915

Alfred Dregger: Unsere Aufgaben für die Zukunft

Bestell-Nr.: 3916
Mindestabnahme: jeweils 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 22,— DM

Das „Protokoll des 34. Bundesparteitages der CDU“ kann ab sofort bestellt werden.

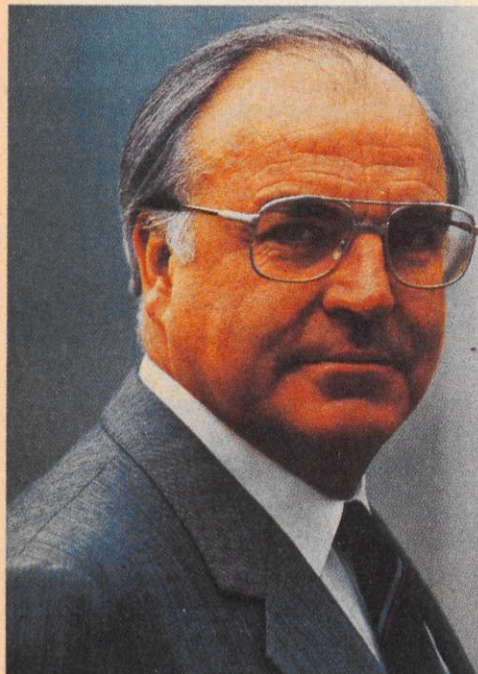
Mindestabnahme: 1 Exemplar
Preis pro Mindestabnahme: 19,50 DM
Bestell-Nr.: 3909

Die Preise verstehen sich incl. Versandkosten plus Mehrwertsteuer. Alle Artikel können ab sofort bestellt werden beim

IS-Versandzentrum

**Postfach 13 28
4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



„Das ganze Deutschland
bleibt unsere Heimat –
darin sind wir Deutschen
uns einig“

Schwarz-rot-gold –
in der wechselvollen
Geschichte unseres Landes
standen die deutschen
Farben immer für die Seh-
nsucht der Deutschen.
Denn, vor rund 140 Jah-
ren, und heute, Einigkeit
und Recht und Freiheit für
das deutsche Vaterland.“
Für Helmut Kohl sind das
keine leeren Formeln.
Solange er Bundeskanzler
ist, wird es niemals eine
Grundgesetzänderung
geben, die auf den Wieder-
vereinigungsgehalt verzich-
tet. Der Kanzler weiß sich
mit der Mehrheit der
Deutschen in beiden Teilen
des deutschen Vaterlandes
einig, wenn er sagt:
„Das ganze Deutschland
bleibt unsere Heimat.“

Zentrales Werbemittel über den Bundes-
kanzler ist die jetzt vorliegende Illustrierte
„Kanzler der Mitte“.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 48,75 DM
Bestell-Nr.: 2884

UID

31/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44–3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-
Druck, Düsseldorf.